

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Dezember 2020

HUMANITÄRE HILFE
Sexismus, Rassismus
und Ungleichheit prägen
Nothilfe latent

MAKROÖKONOMIE
Wegen Covid-19 und
Klimakrise fordert IWF
höhere Staatschulden

TRAUMATISIERUNG
Gräueltaten wirken in
der DR Kongo, Ruanda
und Burundi fort



Soziale Bewegungen

SCHWERPUNKT

Soziale Bewegungen

Sehnsucht nach Demokratie

Die algerische Regierung wollte die politische Krise mit einem Referendum über eine neue Verfassung beenden. Warum das nicht gelang, analysiert der auf Nordafrika spezialisierte Journalist Sofian Philip Naceur. Viele Menschen im Libanon hingegen sind angesichts des ausbleibenden Wandels desillusioniert. Angesichts von Covid-19 und schwerer Wirtschaftskrise gedeiht die alte Korruption weiter, berichtet die in Beirut lebende Journalistin Mona Naggar. **SEITEN 16, 18**

Gegen staatliche Repression

Homophobie ist in Uganda weit verbreitet – auch in Behörden und Regierung. Queer Youth ist eine unabhängige Initiative, die Schwule und Lesben unterstützt, wie ihr Gründer Sam Opio im Interview berichtet. Nach Protesten gegen Polizeigewalt in Nigeria löste die Regierung eine umstrittene Sondereinheit auf. Was sich dadurch ändert, bleibt abzuwarten, schreibt Journalist Ben Ezeamalu. **SEITEN 19, 21**

OPAs machen mobil

Die Weltbevölkerung wird immer älter. Dennoch haben Senioren in vielen Ländern kaum eine Lobby. Es fehlt an Einfluss, finanzieller Unterstützung und sozialer Absicherung. Die internationale nichtstaatliche Organisation HelpAge will dies ändern, erklärt ihr Mitarbeiter Jürgen Focke. **SEITE 22**

Propaganda-Herrschaft

Auch Rechtspopulisten müssen viele Menschen mobilisieren. Auf den Philippinen verbreiten Unterstützer des Präsidenten Rodrigo Duterte Desinformation strategisch im Internet, schreibt Journalist Alan C. Robles. Bislang hält das die Opposition gegen Duterte im Zaum. **SEITE 24**

Was Chile und Bolivien bewegt

Monatelang gab es in Chile Proteste gegen soziale Ungleichheit. Nun haben die Chilenen dafür gestimmt, die alte Verfassung aus der Pinochet-Ära von einer gewählten Bürgerversammlung überarbeiten zu lassen, berichtet der Journalist Javier A. Cisterna Figueroa. Im Nachbarland Bolivien haben gewerkschaftliche, indigene und regionale Identitäten über Jahre die Entwicklung sozialer Bewegungen und Organisationen geprägt. Ihr Einfluss ist groß und ihr Verhältnis zur politischen Macht ambivalent, urteilt Landeskenner Ulrich Goedeking. **SEITEN 26, 28**

Monitor

Der Umgang humanitärer Organisationen mit Privilegien | Heutzutage: Kinderehen in Malawi | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zur Situation in den USA nach der Präsidentschaftswahl und ein Urteil in Bangladesch, das Flüsse zu Rechtspersonen erklärt **7**

Tribüne

JOSÉ SIABA SERRATE

Der IWF befürwortet Staatsverschuldung im Kampf gegen Covid-19 und Klimakrise **9**

GESINE AMES UND LUCA BOOTSMANN

Mangelnde Vergangenheitsbewältigung in der DR Kongo, Ruanda und Burundi behindert dauerhaften Frieden **12**

Schwerpunkt: Soziale Bewegungen

SOFIAN PHILIP NACEUR

Verfassungsreferendum hat Algeriens politische Krise nicht beendet **16**

MONA NAGGAR

Im Libanon ist von Aufbruchstimmung nichts mehr zu spüren **18**

INTERVIEW MIT SAM OPIO

In Uganda werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert **19**

BEN EZEAMALU

Weshalb Nigerias Regierung sich zur Auflösung einer Polizeieinheit gezwungen sah **21**

JÜRGEN FOCKE

Older People Associations machen Lobbyarbeit für Ältere **22**

ALAN C. ROBLES

Auf den Philippinen nutzen Dutertes Anhänger soziale Medien für Agitation **24**

JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA

Chilenen bringen neue Verfassung auf den Weg **26**

ULRICH GOEDEKING

Soziale Bewegungen spielen in Boliviens Politik traditionell eine große Rolle **28**

HANS DEMBOWSKI

Fachliteratur: Erica Chenoweth und Maria J. Stephan über zivilen Ungehorsam **30**

Covid-19-Tagebuch

Indiens Arme müssen trotz Pandemie-Ängsten weiterarbeiten | Menschen in Benin sind Corona-müde | KfW Entwicklungsbank unterstützt One-Health-Ansatz **31**

Stärke ohne formale Führung

Soziale Bewegungen kommen und gehen. Oft entstehen sie plötzlich, wobei manche die Gesellschaft für immer ändern und andere fast wirkungslos verebben. Manche Bewegungen überschreiten Grenzen, verlaufen dann aber an unterschiedlichen Orten recht unterschiedlich.

In unserer unruhigen Zeit gibt es viele Bewegungen. 2020 verbreitete sich Black Lives Matter von Minneapolis in die ganze Welt. 2018/2019 wurde „Fridays for Future“ das Motto von klimabesorgten Teenagern auf allen Kontinenten. 2011 erschütterte der Arabische Frühling Nordafrika und den Nahen Osten. Aktuelle Demokratieforderungen in einigen Ländern dort erscheinen wie ein Arabischer Frühling 2.0, sie entsprechen aber auch ähnlichen Bewegungen von Chile über Belarus bis Hongkong.

Einige grundsätzliche Aspekte sind wichtig. Soziale Bewegungen haben typischerweise keine formale Führung. Sie entstehen auf der Grundlage lockerer Netzwerke von Gleichgesinnten, die Leidensdruck irgendwann zu gemeinsamem Handeln bringt. Die beiden wichtigsten Konsequenzen dieser Führungslosigkeit sind:

- Bewegungen sind schwerer zu unterdrücken, weil staatliche Stellen nicht nur die Spitzenleute zum Schweigen bringen müssen, und
- Bewegungen neigen zu utopischen Forderungen, weil niemand in den eigenen Reihen für die konkrete Umsetzung verantwortlich ist.

Um Ziele zu erreichen, ist mehr nötig. Tatsächlich haben soziale Bewegungen oft enge Beziehungen zu formalen Organisationen (etwa Vereinen, Parteien und Genossenschaften), die sie entweder selbst gründen oder die bereits existieren. Wo demokratische Freiheiten als selbstverständlich gelten, fügen sich neue Bewegungen schnell in die Zivilgesellschaft ein. Oft fordern sie Dinge wie Umweltschutz, Inklusion oder mehr soziale Gerechtigkeit – und sind damit anschlussfähig. Wo aber zivilgesellschaftlicher Raum eng begrenzt ist, stellen Bewegungen schnell die politische Ordnung selbst infrage, sodass Forderungen nach Demokratie Vorrang bekommen. Demokratische Systeme sind stärker als autokratische, weil sie auf Kritik reagieren können, ohne sich bedroht zu fühlen.

Wütende Menschen sind oft radikal, was besonders auf junge Leute zutrifft. Manche, aber längst nicht alle, setzen Radikalität mit Gewalt gleich. Sie irren. Die Geschichte zeigt, dass gewaltfreier ziviler Ungehorsam oft erstaunlich erfolgreich ist, wohingegen militante Organisationen regelmäßig autoritäre Mentalitäten herausbilden. Andererseits provozieren repressive Regierungen gern Gewalt, denn sie wissen, dass gut ausgerüstete und trainierte Sicherheitskräfte Straßenkämpfe eher gewinnen, als sie selbst in mit rationalen Argumenten ausgetragenen öffentlichen Debatten die Oberhand behalten.

Nicht jede soziale Bewegung ist progressiv. Auch der Rechtspopulismus stützt sich auf diverse Netzwerke und weitverbreitete Frustrationen. Seine Art des Nationalismus ist allerdings oft hierarchisch, leugnet wissenschaftliche Erkenntnisse eher und orientiert sich stärker an charismatischen Führern. Oft spüren Rechtspopulisten Unterstützung in Polizei und Militär, was ihr Verhältnis zur Gewalt prägen kann. Finden sie finanzkräftige Geldgeber, verbreiten sie zudem ihre Propaganda mit erheblichem Medienaufwand. Kleine Initiativen marginalisierter Menschen können das nicht – aber manchmal lösen sie trotzdem überraschend starke politische Bewegungen aus.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Debatte



Zu kurz gesprungen

2019 machte ein scheinbar wegweisendes Urteil in Bangladesch weltweit Schlagzeilen. Richter entschieden, Flüsse seien Rechtspersonen, die Schutz verdienten. Die Absicht war gut, aber Gerichte anderer Länder sind dem Beispiel nicht gefolgt. Tatsächlich können Flüsse nämlich keine Rechte einfordern, sodass letztlich Menschen und Behörden dazu ermächtigt werden müssen, schreibt der Jurist Ridwanul Hoque. **SEITE 8**

Tribüne



Noch mal Bretton Woods

Der internationale Währungsfonds (IWF) befürwortet massive Staatsverschuldung im Kampf gegen Covid-19 und die Klimakrise. Er legt dabei großen Wert auf internationale Kooperation. Mit dieser Position ist der IWF nicht allein, wie der Ökonom José Siaba Serrate ausführte. **SEITE 9**

Aufarbeitung der Vergangenheit fehlt

Die Region der Großen Seen in Afrika ist von Konflikten, Fluchtbewegungen und immer wieder neu aufkommenden Gewaltdynamiken gezeichnet. Die Erfahrungen haben die Menschen traumatisiert, und die mangelnde Bearbeitung dieser Traumata steigert wiederum die Gewaltbereitschaft und damit das regionale Konfliktpotenzial. Gesine Ames und Luca Bootsmann vom Ökumenischen Netz Zentralafrika beschreiben die Lage. **SEITE 12**



Sie haben Gutes im Sinn, sind aber privilegiert: Humanitärer Helfer im sudanesischen Darfur.

HUMANITÄRE HILFE

Selbstkritisch gegenüber Rassismus und Privilegien

Humanitäre Organisationen haben mit Rassismus, Ungleichheit, Macht- und Privilegienmissbrauch zu tun, außerdem mit postkolonialen Strukturen in Politik und Gesellschaften, in denen sie sich bewegen. Diese Probleme treten aber nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Organisationen auf. Die Helfer zeigen sich selbstkritisch und fordern einen Systemwandel.

Von Sabine Balk

Lina Srivastava war früher Entwicklungshelferin und berät heute Organisationen, wie sie mit Narrativen einen sozialen Wandel bewirken können. Ihr liegt am Herzen, für das Thema Privilegien und Machtmissbrauch im Umfeld von Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organisations – NGOs) zu sensibilisieren. „Ich bin selbst privilegiert, weil ich in den USA geboren und aufgewachsen bin. Ich bin aber auch benachteiligt, weil ich eine farbige Frau bin“, sagt Srivastava.

Ihr zufolge herrschen im humanitären Bereich systematischer Rassismus, Sexismus und Selbstgerechtigkeit, und die Helfer profitieren von ihren Privilegien. Dies werde aber erst seit Kurzem überhaupt als Problem wahrgenommen. Lauren Reese vom DAI Center for Secure and Stable States erklärt das so: „Wir denken alle, dass wir durch unsere Arbeit Gutes tun, und das war wie eine Scheuklappe für die offensichtlichen rassistischen Ungleichheiten innerhalb unseres Sektors.“ Dabei könne man mit einem Blick auf die Geschichte erkennen, dass Vieles in der Entwicklungshilfe koloniale Wurzeln habe.

Reese erklärt, dass es eine „paternalistische Auffassung“ gab, dass Entwicklungsländer sich nicht selbst führen könnten und sie technische und finanzielle Hilfe brauchten, um Industrialisierung zu erreichen. Die Hilfe diene den Ländern des globalen Nordens aber auch dazu, die Kontrolle zu behalten, um diese Länder weiterhin als Absatzmärkte zu haben: „Die Struktur unseres

Sektors bildet in vielerlei Hinsicht koloniale Strukturen nach. Wir haben eine mehrheitlich weiße Führung, und die Finanzmacht sowie Kontrollmechanismen obliegen überwiegend Weißen“, sagt Reese.

Diese Erfahrung machte auch Angela Bruce-Raeburn vom Global Health Advocacy Incubator, einer Organisation, die NGOs berät. Sie fühlt sich als schwarze Frau in den USA häufig diskriminiert, was sich bei ihren Arbeitgebern in der humanitären Hilfe fortsetzte. Darüber sprach sie auf dem humanitären Kongress 2020, der Ende Oktober erstmals virtuell stattfand. Anliegen der Veranstalter – darunter Ärzte ohne Grenzen und das Deutsche Rote Kreuz – war es, Macht, Privilegien, soziale Ungleichheit und Rassismus zu thematisieren und konkrete Ideen für Veränderungen zu entwickeln.

Bruce-Raeburn kritisiert, dass bei Jobvergabe auch in Hilfsorganisationen zu häufig „der weiße Mann der schwarzen Frau vorgezogen“ wird – unter dem Vorwand, er sei der qualifiziertere Kandidat. Schwarze Frauen dürften sich das nicht mehr länger gefallen lassen und müssten aktiv dagegen angehen. „Das wünsche ich mir für unsere Branche.“

Ein Problem sei auch, dass sich Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaften in der Arbeit der humanitären Hilfe widerspiegeln, bedauert die Menschenrechtsaktivistin Rahima Begum, die die Organisation Restless Beings mitgegründet hat. Sie arbeitet unter anderem mit Rohingya-Frauen und -Kindern in den Flüchtlingslagern in Bangladesch. Viele besonders Benachteiligte wie Flüchtlinge oder Dalits seien von Hilfe abgeschnitten.

Rahima Begum ist der Meinung, dass die humanitäre Hilfe zunächst „für die Bedürfnisse der Betroffenen konzipiert werden und von lokalen Einsatzkräften vor Ort durchgeführt werden sollte“. Sie wünscht sich, dass sich die humanitäre Hilfe in diesem Sinn wandelt.

Covid-19 verstärkte derzeit Ungleichheit noch, etwa für Schulkinder. Die Corona-Krise entwickle sich zu einer großen Bildungskrise und benachteilige systematisch mittellose Kinder: Ein Drittel der Kinder auf der Welt hat laut der Kongressteilnehmerin Sandra Dworack, einer Oxfam-Bildungsexpertin, keinen Zugang zu Distanzlernen über TV, Radio oder Internet (siehe Claudia Isabel Rittel im Covid-19-Tagebuch des E+Z/D+C e-Papers 2020/10).

Deepak Xavier arbeitet ebenfalls für Oxfam und meint, dass ein zukünftiger Corona-Impfstoff vermutlich nicht allen Menschen zur Verfügung gestellt werde (siehe Jörg Schaaber in der Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2020/11). Dabei sei die Impfstoffforschung größtenteils von Steuern bezahlt. „Das bedeutet, der Impfstoff ist von Menschen für Menschen gemacht – und nicht für den Gewinn von Konzernen.“

Xaviers Fazit: „Die Menschen brauchen keine Entwicklungshilfe, sie brauchen Rechte.“ Nicht das humanitäre System an sich sei schlecht, es sei aber so konzipiert, dass es nur wenige begünstige wie INGOs

oder Graswurzelorganisationen. Er plädiert: „Wir müssen eine Welt aufbauen, in der alle Menschen gleich behandelt werden, in der Chancen geboten werden und in der die Strukturen, die eigentlich nur für einige wenige funktionieren, abgebaut werden.“

Lina Srivastavas Konzept für Veränderung ist „echtes Zuhören“, und zwar vor allem den Betroffenen und den einheimischen Akteuren. Ihrer Ansicht nach ist es unmöglich, eine Strategie oder Lösung zu entwerfen, solange man die kulturellen und politischen Gegebenheiten, in denen die Menschen leben, nicht kennt. Als sie Mitglieder einer Organisation in Arusha, Tansa-

nia, fragte, wie ihre Lebensumstände seien, sei sie auf Erstaunen gestoßen. „Sie meinten, solche Fragen hätte ihnen noch nie ein westlicher Berater gestellt.“

Srivastava schlussfolgert: „Unser Sektor muss sich des Einflusses von Rassismus, Kolonialismus, sozioökonomischer Ungleichheit, geschlechtsspezifischer Voreingenommenheit und Patriarchat, der in seiner Machtstruktur verankert ist, entledigen.“ Dass darüber nun gesprochen wird, sei ein guter Anfang. Führungsaufgaben gehörten mehr in die Hände von schwarzen und indigenen Menschen. So ein Systemwandel dauere sehr lange, sei aber unvermeidlich.

Fehl- und Falschinformationen begegnen

Gerade um das Coronavirus und das Thema Impfungen kursieren viele gefährliche Falsch- und Fehlinformationen, mit denen auch humanitäre Helfer zu kämpfen haben. Sie werden vor allem über soziale Netzwerke verbreitet. Hilfsorganisationen suchen nach Wegen, damit umzugehen.

Ein wichtiges Stichwort dazu lautet Faktencheck (siehe dazu Mona Naggar im E+Z/D+C e-Paper 2020/11, Covid-19-Tagebuch). Kate Wilkinson, stellvertretende Chefredakteurin bei Africa Check, hat sich das zur Aufgabe gemacht, und ihre Arbeit dient den Helfern als Argumentationshilfe. Ihre Organisation überprüft öffentliche Aussagen anhand verschiedener Methoden auf ihren Faktengehalt, also auf das, was richtig und falsch ist, und veröffentlicht die Ergebnisse. Man wisse natürlich, so Wilkinson, dass dieser Faktencheck nie jede einzelne Person erreiche, die falsch informiert worden sei.

Africa Check legt laut Wilkinson auch großen Wert

auf eine proaktive Faktenprüfung. So hat die Organisation alle Informationen über den Covid-19-Impfstoff in Südafrika untersucht und ein sehr ausführliches Faktenblatt darüber erstellt, wie Medikamente und Impfstoffe im Land zugelassen werden. „Wir geben den Menschen damit einen Leitfaden an die Hand, in dem Fragen stehen, die sie stellen sollten, wenn sie von einem Impfstoff hören, und Quellen, wo sie Antworten finden und anhand derer sie die Fakten überprüfen können.“

Die Faktenprüfer versuchen auch, dem Thema mit Humor beizukommen, erklärte Wilkinson beim diesjährigen virtuellen humanitären Kongress. Sie hat einen Podcast namens „What’s crap on WhatsApp“ ins Leben gerufen, der zwei Mal im Monat an 6000 Leute geschickt wird. „Es geht darum, auf lustige Art Falschnachrichten auf WhatsApp zu entlarven“, sagt Wilkinson. Die Resonanz sei sehr positiv und zeige, dass es wich-

tig sei, neue Wege der Informationsvermittlung zu finden, die die Menschen unterhaltsam finden.

Die Journalistin sieht es als wichtig an, den Fluss der Falschnachrichten zu unterbrechen. Denn in dem Moment, in dem jemand schockiert, verängstigt oder wütend sei, nehme die Fähigkeit, sich tatsächlich mit dem Inhalt auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken, dramatisch ab. Deshalb müsse man die Leute erst zum Innehalten und Nachdenken bewegen, bevor sie etwas weiterleiten, resümiert Wilkinson.

Diese Einschätzung teilt auch Urvashi Aneja vom indischen Thinktank Tandem Research, die auch schon in E+Z/D+C geschrieben hat: „Es gibt

Leute, die teilen Fehlinformationen, auch wenn sie wissen, dass sie falsch sind, einfach weil ihnen langweilig ist.“ Manches sei auch kulturell bedingt. Inder seien etwa bekannt dafür, dass sie sehr gern Guten-Morgen-Nachrichten austauschen, deren Inhalt nicht besonders hinterfragt werde. Anejas Fazit lautet: „Wir müssen uns viel eingehender mit der Frage beschäftigen, warum die Leute herumsitzen und nichts Besseres zu tun haben, als mit ihrem Smartphone zufällige Sachen auszutauschen.“ sb

LINKS

Africa Check:

<https://africacheck.org/>

What’s crap on WhatsApp:

<https://www.whatscrap.africa/>



Der Podcast „What’s crap on WhatsApp“ entlarvt auf lustige Art Falschnachrichten auf WhatsApp.

Abruptes Ende der Kindheit

Malawi hat die Ehe von Jugendlichen unter 18 Jahren 2017 verboten. Das Gesetz wurde als Verfassungsänderung verabschiedet, um ein bestehendes Gesetz zu stärken, das das Heiratsalter bereits auf mindestens 18 Jahre festsetzte.

Doch drei Jahre später nehmen Ehen Minderjähriger sogar zu. Laut dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF heiraten 46 Prozent der Mädchen unter 18 Jahren, neun Prozent sind sogar jünger als 15. Malawi hat laut UNICEF die zwölftöchste Rate an Kinderehen weltweit.

Wenig überraschend gehen damit auch viele Teenagerschwangerschaften einher. Offiziellen Zahlen zufolge stieg der Anteil zwischen 2010 und 2016 von 25 auf 29 Prozent. Auch die Schulabbruchquote steht damit im Zusammenhang: Eine frühe Heirat und Mutterschaft

behindert Mädchen in ihrer Bildung und sozialen Entwicklung und schränkt ihre Chancen im Leben ein.

Laut dem Pädagogen Limbani Nsapato reicht ein Gesetz nicht aus, um gesellschaftliche Trends umzukehren. Stattdessen müsse an den sozialen Ursachen gearbeitet werden. Ein Hauptgrund für frühe Ehen ist Armut. „Viele Familien haben kein Geld, um das Schulgeld ihrer Töchter zu bezahlen und ihre sonstigen Bedürfnisse zu decken“, erklärt Nsapato. Die Mädchen würden verheiratet, damit sich der Ehemann um diese Dinge kümmert.

Auch andere kulturelle Faktoren spielten eine Rolle, zum Beispiel Initiationsriten, in denen männliche Jugendliche dazu aufgefordert werden, sexuell aktiv zu sein. Zudem sei die Aufklärung über Sexualität und Verhütung unzureichend, beklagt Nsapato.

Die Schulschließungen im Zuge der Coronapandemie hätten die Situation noch verschlimmert – die Zahl der Teenagerschwangerschaft und frühen Ehen sei seitdem gestiegen. Nsapato berichtet von Tausenden Mädchen, die in der Zeit verheiratet oder schwanger wurden. „Manche heiraten schon im jungen Alter von 14 Jahren“, sagt er.

Theresa Kachindamoto, traditionelles Oberhaupt des Distrikts Dedza mit mehr als 900 000 Einwohnern, erkennt das Problem zunehmender Teenagerschwangerschaften im Zusammenhang mit den Schulschließungen an. Sie hat mehr als 2000 Hochzeiten von Minderjährigen für ungültig erklärt, was ihr den Spitznamen „Heirats-Terminator“ einbrachte.

Kachindamoto betont die große Bedeutung von Bildung sowohl für Jungen als auch für Mädchen und appelliert an die Behörden, die Schulen offen zu halten. „Wenn die Schulen über längere Zeit geschlossen sind, ermutigt das Mädchen und Jungen, sexuelle Beziehungen einzugehen. Die Folgen sind Schwangerschaften und Hochzeiten“, sagt sie. „Das geht zu Lasten ihrer Bildung.“



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist in
Malawi.
raphael.mweninguwe@
hotmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
ISSN 2366-7257
Dieses e-Paper wurde am 30.11.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Dagmar Wolf (Assistenz)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,
Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),
Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Sozialität GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen
Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



STEP MAP

WELTPOLITIK

Atempause ohne Entwarnung

Joe Bidens Wahlsieg steht in den USA fest, was für die internationale Zusammenarbeit gut ist. Leider haben wichtiger Republikaner Donald Trumps Versuche, den Regierungswechsel zu blockieren, viel zu lang toleriert.

Von Hans Dembowski

Biden wird einige Schäden, die sein Vorgänger Donald Trump angerichtet hat, beheben. Die USA dürften etwa dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten und die Welthandelsorganisation nicht weiter blockieren. In vielen multilateralen Zusammenhängen kann eine konstruktive Haltung der USA viel bewirken. Für Demokratieförderung und Korruptionsbekämpfung ist das Ergebnis ebenfalls wichtig, denn Trump verhielt sich im Amt wie ein autoritärer Despot. Er kümmerte sich um Günstlinge und Angehörige, interessierte sich jedoch weder für Gemeinwohl noch Rechtsstaatlichkeit.

Leider haben die Wähler Trumps Politik nicht komplett abgestraft. 47 Prozent wollten ihn weiter im Amt sehen – trotz un-

kontrollierter Corona-Pandemie, ständiger Lügen und eklatanter Korruption. Viele republikanische Parteifreunde, die ihn unterstützten, wurden zudem in Ämtern bestätigt oder gewannen neue hinzu. Allzu viele taten so, als sei das Wahlergebnis unklar und Trump könne doch noch gewinnen.

In einem Leitartikel am 19. November bezichtigte die Washington Post Trump eines Putschversuchs, der wegen Bidens großem Vorsprung vermutlich scheitern werde. Trump bestritt jedenfalls die Gültigkeit des Wahlergebnisses, blockierte nach Kräften den Sieger und ersetzte den Verteidigungsminister mit einem treueren Verbündeten. Er zog vor die Gerichte und setzte diejenigen unter Druck, die für die Wahlauszählung Verantwortung trugen.

In Nigeria oder Pakistan würde derlei eindeutig als versuchter Staatsstreich gewertet. Dass viele Republikaner sich nicht dagegenstellten, muss die Weltöffentlichkeit alarmieren. Ihre demokratische Pflicht war es, den friedlichen Übergang zur Präsidentschaft Bidens zu ermöglichen.

Voraussichtlich behalten die Republikaner zudem im Senat die Mehrheit, obwohl Demokraten dort deutlich mehr US-Bürger vertreten. Vielleicht kann Bidens Partei in zwei Stichwahlen in Georgia im Januar das Blatt noch wenden, aber das ist wenig wahrscheinlich. Republikanische Senatoren dürften also Biden weder ein umfassendes Reformprogramm erlauben noch die gewünschten Mittel für Klima- und Gesundheitspolitik bewilligen.

Gut wären auch Schritte zur Vertiefung der Demokratie. Es wäre zum Beispiel sinnvoll, Puerto Rico und die Hauptstadt Washington zu Bundesstaaten zu machen. Sie gehören zwar zu den USA, und die Menschen dort sind steuerzahlende Staatsbürger. Sie sind aber nicht im Kongress vertreten, und Puerto Rico nimmt noch nicht einmal an den Präsidentschaftswahlen teil. Eine republikanische Senatsmehrheit hat an Änderung aber wohl kein Interesse.

Auf Bidens internationalen Einfluss wird es vielfach ankommen, und dieser wird nicht zuletzt von seinen innenpolitischen Erfolgen abhängen. Heute ist internationale Kooperation unverzichtbar. Keine Nation, auch nicht die USA, kann große globale Aufgaben – Klima, Frieden, Gesundheit et cetera – allein stemmen. Trump fiel es leider leicht, multilaterale Strukturen zu blockieren, er bot jedoch keine gangbare Alternative an.

Demokratischen Regierungen weltweit ist nun ein kurzer Erleichterungsseufzer gegönnt, aber Entwarnung gibt es nicht. Es ist offensichtlich geworden, wie fragil die Demokratie der USA ist. Diplomaten aus aller Welt sollten bei der Kooperation mit der neuen US-Regierung nicht nur eigene Ziele im Blick behalten. Sie müssen ihr Bestes geben, um den neuen Präsidenten im Amt zu stärken. Dazu trägt vernünftige Kompromissbereitschaft bei. Obendrein sollten sie in Diskussionen mit republikanischen Kongressabgeordneten und Politikern in den Bundesstaaten unmissverständlich klarstellen: Die Welt misst die USA an den Prinzipien, die deren Präsidenten – mit einer Ausnahme – seit Jahrzehnten predigen.

In Anspielung auf Trump sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017, die Zeit, in der wir uns „auf andere völlig verlassen“ konnten, sei „ein Stück weit vorbei“. Das stimmt weiterhin. Biden wird ein wichtiger Partner sein, aber nach der nächsten Wahl kann alles wieder anders aussehen.



Joe Biden nimmt Covid-19 ernst.

UMWELTSCHUTZ

Zu kurz gesprungen

Anfang 2019 machte ein scheinbar wegweisendes Urteil in Bangladesch weltweit Schlagzeilen. Richter entschieden in Dhaka, Flüsse seien Rechtspersonen, die Schutz verdienten. Die Absicht war gut, aber Gerichte anderer Länder sind dem Beispiel nicht gefolgt. Tatsächlich können Flüsse nämlich keine Rechte einfordern, sodass letztlich Menschen und Behörden dazu ermächtigt werden müssen.

Von Ridwanul Hoque

2016 beklagte ein Zeitungsartikel den traurigen Zustand des Turag am Stadtrand von Dhaka. Umweltverschmutzung, Sandentnahme und Bebauung hatten ihm zugesetzt. Eine regierungsunabhängige Organisation zog deswegen vor Gericht, was in Südasiens häufig passiert (siehe Artikel von Arpeeta S. Mizan und mir im Schwerpunkt von E+Z/ D+C e-Paper 2017/11).

Die Aktivisten sagten vor Gericht, die Zerstörung des Flusses gefährde Menschenleben. Bangladesch liegt im Delta von Ganges und Brahmaputra, und das dichtbevölkerte Land erlebt oft Überschwemmungen. Im Zuge der Klimakrise nehmen aber auch Probleme mit der Wasserversorgung zu.

Juristische Verfahren dauern lang. 2016 ordneten die Richter den Abriss der illegalen Uferbebauung an, und 2017 zählte dann ein vom Gericht eingesetzter Berichterstatter 30 solcher Strukturen. In früheren Urteilen hatten Richter die lebenswichtige Relevanz von Flüssen anerkannt und Zerstörung für illegal erklärt, Unternehmer hatten aber dagegegenthalten, ihre Betriebe seien legal und durch Grundrechte gesichert.

Deshalb entschied die High-Court-Abteilung des Supreme Court 2019, alle Flüsse seien mit Blick auf Ökofragen als Rechtspersonen zu betrachten. Anders sei der Turag nicht zu retten. Das Urteil machte Bangladesch zum ersten Land, das all seinen Flüssen Rechte zusprach. Der Schritt war interessanter und innovativ.

Die Idee, Wäldern, Ozeanen und anderen Ökosystemen Rechtsansprüche zu

geben, kam in den 1970er Jahren auf, blieb aber lange reine Theorie. Erst in diesem Jahrtausend wurden entsprechende Gesetze verabschiedet – und zwar in Ecuador, Bolivien, Neuseeland und einigen US-Staaten.

Ein indischer High Court gab 2017 zwei Flüssen – Ganges und Yamuna – den Status von Rechtspersonen. Das Urteil trat

cherlich, öffentliches Problembewusstsein zu schaffen. Im Alltag hat es aber keine unmittelbaren Folgen.

Aus gutem Grund haben die Richter die Regierung aufgefordert, die bestehende Gewässerschutzbehörde unabhängig und effizient zu machen. Das ist sinnvoll. Grundsätzlich müssen staatliche Behörden verantwortlich und transparent agieren. Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, Klagen zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen staatliche Akteure zuzulassen, wenn Letztere ihre Pflichten nicht erfüllen. Dafür braucht aber kein Fluss den Status einer Rechtsperson.



Der Turag im März 2020.

aber nicht in Kraft, nachdem eine Landesregierung wissen wollte, was denn zu tun sei, falls Hochwassergeschädigte vom Fluss Schadenersatz fordern sollten.

Diese Frage – und wichtige andere – bleiben auch in Bangladesch ungeklärt. Ein Fluss mag Rechte haben, kann sie aber nicht reklamieren. Die Existenz von Flüssen muss gewahrt werden, wofür aber Menschen sorgen müssen.

Das 283 Seiten lange Urteil des Gerichts in Dhaka gilt vielen als historisch. Eine Berufung wurde auch bereits abgewiesen. Dennoch bleiben viele Dinge unklar. Bangladesch mag gefallen, wie das Urteil ein bekanntes Sprichwort zitiert, nachdem Wasser „ein anderer Name von ‚Leben‘ ist“, oder den „Beitrag“ der Flüsse im Befreiungskrieg von 1971 lobt. Derlei hilft auch si-

Das Urteil bekam viel Lob, aber als weltweit richtungsweisend erwies es sich nicht. Wirksamer Natur- und Umweltschutz erfordert starke Behörden mit klarem Auftrag. Die Richter haben Schritte in diese Richtung unternommen, hätten aber mehr tun können. Flüsse zu Rechtspersonen zu erklären ist hübsch, doch letztlich nur symbolisch. Leider bleibt der Zustand vieler Flüsse in Bangladesch, einschließlich auch des Turag, deprimierend.



RIDWANUL HOQUE
ist Juraprofessor an der University of Dhaka und zurzeit Gastprofessor an der Charles Darwin University in

Australien.
ridwandulaw@gmail.com

MAKROÖKONOMIE

Noch mal Bretton Woods

Der internationale Währungsfonds (IWF) befürwortet massive Staatsverschuldung im Kampf gegen Covid-19 und Klimakrise. Er legt dabei großen Wert auf internationale Kooperation. Mit dieser Position ist der IWF nicht allein.

Von José Siaba Serrate

Die Coronavirus-Pandemie markiert einen Wendepunkt in der internationalen Wirtschaftspolitik. „Wir erleben einen neuen Bretton-Woods-Moment“, sagt Kristalina Georgieva, die Direktorin des IWF.

In der US-Kleinstadt Bretton Woods konzipierte eine internationale Konferenz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Weltwirtschaftsordnung und gründete den IWF und die Weltbank (die „Bretton-Woods-Institutionen“). In vielfacher Hinsicht steht die internationale Gemeinschaft nun vor ähnlichen Aufgaben. Sie muss das Virus bekämpfen, die Wirtschaftskrise lindern und Grundlagen für eine bessere Zukunft schaffen.

Aus Georgievas Sicht muss jetzt mehr Geld ausgegeben werden, statt Staatsausgaben zu reduzieren. Es gelte, in Menschen zu investieren und Verwundbare zu schützen.

Regierungen müssten sich der Verantwortung stellen, indem sie Gesundheitsausgaben steigern und zugleich Unternehmen sowie bedürftige Personen unterstützen. Georgieva hält auch aktive Klimapolitik für unverzichtbar und nennt sie „makro-relevant“, denn die Folgen der globalen Erwärmung bedrohten Wachstum und Wohlstand.

Wie 1944 in Bretton Woods hält sie internationale Zusammenarbeit jetzt für geboten. Die Überschrift ihrer Willkommensrede bei der im Oktober digital veranstalteten Jahrestagung von IWF und Weltbank war: „Eine Schwestern-und-Bruderschaft der Menschheit.“ Das war eine Anspielung auf ein berühmtes Zitat des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, der die Bretton-Woods-Konferenz intellektuell inspirierte (siehe Kasten nächste Seite), obgleich der US-Delegierte Harry Dexter White, ein autodidaktischer Technokrat, den größten Einfluss ausübte. Er nutzte Washingtons Macht, um die institutionelle Architektur zu bestimmen.

Es fällt auf, dass Weltbankpräsident David Malpass Georgieva nicht widerspricht. Vielmehr benennt er als vordringliche Themen „Armutsbekämpfung, Reduktion von Ungleichheit, Bildung, Schuldenerlass, Klimawandel und wirt-

schaftliche Anpassungsfähigkeit“. All das sei für einen „stabilen Aufschwung“ unabdingbar. Malpass wurde auf Vorschlag von US-Präsident Donald Trump berufen, aber seine Äußerungen zeigen, dass es um die globale Zusammenarbeit derzeit besser bestellt ist, als rechtspopulistische Rhetorik vermuten ließe. Die Lage ist vielleicht auch besser als 1944.

Tatsächlich ist Covid-19 weltweit eine riesige Belastungsprobe. Regierungen haben große Finanzpakete geschnürt, um das Gesundheitswesen, die soziale Sicherung und die Konjunktur zu stützen. Die Strategien ähneln sich so sehr, dass die Politik de facto koordiniert ist. Weltweit belaufen sich die zusätzlichen Staatsausgaben derzeit auf 12 Billionen Dollar. Die EU hat sich sogar entgegen ihrer bisherigen Praxis zur gemeinsamen Schuldenaufnahme durchgerungen, um so wirtschaftlich schwächeren Mitgliedern entschlossenes Handeln zu ermöglichen.

DIE PERSPEKTIVE VON ZENTRALBANKEN

Mit sehr niedrigen Zinsen (sogar null oder negativ) und umfangreichen Anleihekäufen erleichtern Zentralbanken derzeit Regierungen die Schuldenaufnahme. Wegen der Pandemie haben sowohl die US Federal Reserve (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik abermals gelockert. Fed-Chef Jerome Powell sagt, Vollbeschäftigung habe nun die höchste Priorität. Die Fed werde, wenn nötig, auch zeitweilige Überschreitungen ihres Inflationsziels von zwei Prozent tolerieren.

Derweil plagen auch Klimasorgen die Notenbanken. Aus Sicht des Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS) unterminieren die Auswirkungen der globalen Erwärmung die makroökonomische Stabilität. Dem 2017 geschaffenen Netzwerk gehören mittlerweile 72 Institutionen an. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat sich in einer technokratischen Studie ähnlich geäußert (siehe Hans Dembowski im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2020/03). Auch EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat klar Position bezogen: Dieses „größte Risiko des 21. Jahrhunderts“ müsse von allen Parteien schnell angegangen werden, denn sonst sei es „zu spät“.

Aus IWF-Sicht müssen die Defizite in Staatshaushalten noch eine Weile wachsen. Überhastete Versuche, Volkswirtschaften zu öffnen und Staatsschulden abzubauen, wirt-



Weltweit steigen die Gesundheitskosten: provisorisches Covid-19-Krankenhaus in einer Messehalle in Mexiko-Stadt.

den mehr Probleme schaffen als lösen. Weltbank-Chefvolkswirtin Carmen Reinhart sagt zudem, Regierungen fortgeschrittener Länder müssen sich angesichts niedriger Zinsen jetzt keine Sorgen über die Rückzahlung der Schulden machen.

Spitzenpolitiker in Schwellen- und Entwicklungsländern haben es schwerer. Ihr finanzpolitischer Spielraum ist kleiner, und sie brauchen obendrein Darlehen aus

dem Ausland. Positiv ist aber, dass das Coronavirus keine Kreditklemme ausgelöst hat. Die Kapitalmärkte funktionieren reibungslos, und es hilft auch, dass weltweit ähnlich expansive Wirtschaftspolitik vorherrscht.

SOLVENZSORGEN

Bislang gibt es keine Liquiditätskrise, aber Staatsinsolvenzen drohen durchaus. Eine

wachsende Zahl von Schwellen- und Entwicklungsländern ist zunehmend überschuldet. Den Prognosemodellen des IWF zufolge hat sich das Staatspleitenrisiko in den vergangenen zwei Jahren von einer elfprozentigen Wahrscheinlichkeit auf 24 Prozent mehr als verdoppelt.

Das Szenario ist komplex und nicht völlig transparent. Niemand hat einen Überblick über alle bestehenden Zahlungs-

Keynesianismus – gestern und heute

John Maynard Keynes (1883–1946) war vermutlich der einflussreichste Ökonom des 20. Jahrhunderts. Seine Analysen der weltweiten Depression, die 1929 begann, führten zu einem neuen Paradigma. Ihm zufolge müssen Regierungen in Rezessionen Kredite aufnehmen und ihre Ausgaben steigern, um die sich selbst verstärkende konjunkturelle Abwärtsspirale zu beenden. Grob vereinfacht besagt seine Theorie, dass andernfalls die gesamte Wirtschaftstätigkeit ins Stocken gerät, weil sowohl Unternehmen und Privathaushalten immer weniger Geld zu Verfügung steht und sie ihre Nachfrage entsprechend reduzieren. Wenn alle gleichzeitig sparen, wird überall weniger Geld verdient.

Regierungen können mit kreditfinanzierten Ausgaben den Teufelskreis durchbrechen, wie die keynesianische Theorie besagt. Wenn sie die Chance nutzen, um ohnehin nötige Infrastruktur und soziale Sicherung auszubauen, verbessern sie zugleich die langfristigen Entwicklungschancen ihrer Volkswirtschaften.

Marktorthodoxe Ökonomen rechnen Keynes heute zur

politischen Linken, weil er dem Staat im Wirtschaftsgeschehen eine entscheidende Rolle gab. Er selbst wollte allerdings nie den Kapitalismus überwinden, sondern half, ihn zu retten.

Keynes war sehr einflussreich. Jahrzehntlang folgten westliche Regierungen seinem Paradigma, und das half ihnen auch, den Kalten Krieg gegen den Ostblock zu gewinnen.

Keynes legte großen Wert auf internationale Zusammenarbeit – unter anderem, weil Exportnachfrage schwache inländische Nachfrage ausgleichen kann. Deshalb sollten Regierungen ihre Wirtschaftspolitik international koordinieren. Dafür wurden 1944 die multilateralen Institutionen Weltbank und Internationaler Währungs-

fonds (IWF) geschaffen (siehe Haupttext, S. 9).

In den 1970er Jahren wurde aber die Marktorthodoxie allmählich wieder dominant. Ein Grund war, dass keynesianische Konzepte zwar beim Wiederaufbau im kriegszerstörten Europa höchst effektiv waren, der Erfolg bei der Entwicklung ehemaliger Kolonien aber weitgehend ausblieb. Allzu viele Entwicklungsländer waren überschuldet. Ein weiterer Grund war, dass konservative Spitzenpolitiker wie Margaret Thatcher in London oder Ronald Reagan in Washington überzogenes Staatshandeln für Inflation und Arbeitslosigkeit verantwortlich machten. Die multilateralen Institutionen folgten ihrem Beispiel.

Völlig verdrängt wurde der Keynesianismus aber nie. Republikanische US-Präsidenten haben immer wieder mit Deficit-Spending die Wirtschaft belebt, wenn das oppor-

tun schien. Allerdings lehnten sie die sozialen Dienste, die der britische Volkswirt befürwortete, tendenziell ab.

Weltbank und IWF sind derweil allmählich zu ihren keynesianischen Wurzeln zurückgekehrt. Ein wichtiger Schritt war zur Jahrtausendwende der Schuldenerlass für geringentwickelte Länder, welche von der Kreditbedingung überfordert waren (siehe Jürgen Zattler in E+Z/D+C e-Paper 2018/08, Schwerpunkt). Den Aufwand für die Armutsbekämpfung im Inland zu steigern bringt Entwicklung nun mal schneller voran, als exzessive Darlehen an bi- und multilaterale Institutionen zurückzahlen.

Im Zuge der globalen Finanzkrise, die mit der Pleite von Lehman Brothers in New York 2008 begann, orientierte sich der IWF immer stärker an Keynes. Tatsächlich passt seine Theorie zu aktuellen Problemen. Es mangelt an Wachstum und Investitionen, während der Handlungsbedarf – etwa mit Blick auf globale Erhitzung – ständig wächst und die globale Armut wieder zunimmt (siehe Rezension des Weltbank-Berichts im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/10). Vernünftigerweise sollten Staaten jetzt mit Krediten Ausgaben finanzieren, die ohnehin nötig sind. Aus IWF-Sicht ist das sogar alternativlos. dem



John Maynard Keynes im Jahr 1944.

verpflichtungen. Zu den relevanten Geldgebern gehören multilaterale Institutionen, bilaterale Einrichtungen von etablierten Wirtschaftsmächten und Schwellenländern sowie private Firmen. China ist als mittlerweile größter bilateraler Geldgeber besonders wichtig geworden.

Die Staatenlenker brauchen mehr Finanzmittel, aber voraussichtlich werden die Geldgeber vorsichtiger. Weltbankpräsident Malpass hat bereits seinen Unmut darüber geäußert, dass private Geldgeber sich bislang bei dem Schuldendienstmoratorium weitestgehend zurückhalten. Ihm zufolge müssen sie Regierungen, die knapp bei Kasse sind, zu wirkungsvoller Covid-19-Politik befähigen.

Beunruhigenderweise hat die internationale Gemeinschaft auch kein Verfahren für Staatsinsolvenzen. Wenn im Krisenfall faire und effektive Lösungen gefunden werden sollen, müssen alle betroffenen Parteien in die Verhandlungen einbezogen sein – einschließlich der Privatfirmen und China.

Laut IWF-Chefin Georgieva kann Kooperation bei Umschuldungen nötig werden. Allerdings ist die Lage in gewisser Weise besser als früher, denn seit zwei Jahrzehnten nutzt und propagiert der IWF sogenannte „collective action clauses“ (CACs) im Kontext von Staatsanleihen. Diese Klauseln verpflichten Anleihekäufer, im Falle der Staatspleite an Umschuldungsverhandlungen teilzunehmen. Sie können also weder gegen die Mehrheit der anderen Anleger solch ein Verfahren blockieren noch Distanz halten und auf voller Rückzahlung in ihrem individuellen Fall bestehen.

CACs haben die Finanzierungskosten vieler Staaten gesenkt. Sie funktionieren, wie jüngst Umstrukturierungsverhandlungen für Ecuador und Argentinien gezeigt haben.

Bretton-Woods-Sehnsucht ist übrigens nichts Neues. Ihr entsprach nach der Pleite von Lehman Brothers 2008 die Gründung der G20, um auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs Wirtschaftspolitik zu besprechen. Koordiniertes Handeln verhin-

derte, dass die damalige Finanzkrise zu einer weltweiten Depression wurde.

Unsicherheit prägt unsere Welt. IWF und Weltbank weisen zwar in die richtige Richtung, aber viele Details sind noch zu klären. Viel kann noch schief laufen. Die Spitzenpolitiker der Welt müssen sich ihrer Verantwortung stellen.

Keynes' Schlussworte in Bretton Woods wurden berühmt. Die Konferenzteilnehmer hätten sich den Aufgaben von „Ökonomen, Finanziers, Journalisten, Propagandisten, Juristen, Staatsmännern – und ich denke, sogar Propheten und Wahrsagern“ gestellt, sagte er. Diesmal wären obendrein Ärzte zu nennen.



JOSÉ SIABA SERRATE
ist Ökonom an der Universität von Buenos Aires sowie der dortigen privaten makroökonomischen Hochschule

UCEMA. Er gehört dem argentinischen Rat für internationale Beziehungen CARI an.

josesiaba@hotmail.com

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



TRAUMATA

Keine Zukunft ohne Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Region der Großen Seen in Afrika ist von zahlreichen gewaltsamen Konflikten, Fluchtbewegungen und immer wieder neu aufkommenden Gewaltdynamiken gezeichnet. Die Erfahrungen haben die Menschen traumatisiert, und auch die mangelnde Bearbeitung dieser Traumata steigert wiederum die Gewaltbereitschaft und damit das regionale Konfliktpotenzial.

Von Gesine Ames und Luca Bootsman

Ein einschneidendes Ereignis war der Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 mit mehr als 800 000 Toten. Er hat die gesamte Region destabilisiert. Im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo, die an Ruanda angrenzt, sammelten sich viele Geflüchtete. In der unübersichtlichen Lage bildeten sich neue bewaffnete Gruppen heraus. 1996 begann mit dem Ersten Kongokrieg eine große

militärische Auseinandersetzung – die Konflikte um Land, Rohstoffe und Macht halten bis heute an.

Der kongolesische Staat ist in seinen wesentlichen Funktionen im Osten des Landes kaum präsent und übt zum Teil selbst Gewalt aus. Ruanda hat sich zu einem autokratischen Staat entwickelt, der starke Kontrolle über sein Gebiet und die Menschen ausübt. Burundi, das an beide Länder angrenzt, verzeichnete seit der Unabhängigkeit im Jahr 1962 immer wieder Gewaltzyklen mit Massakern an den beiden Bevölkerungsgruppen Hutu und Tutsi. Nach 12 Jahren Bürgerkrieg hat sich seit 2005 auch in Burundi eine zunehmend autokratische Führung etabliert. Sie stürzte das Land 2015 im Zuge der umstrittenen Wiederwahl des ehemaligen Präsidenten Pierre Nkurunziza in eine erneute politische und humanitäre Krise.

Die Gewalterfahrungen haben schwere Traumata in der Bevölkerung dieser Länder ausgelöst. Fehlende Aufarbeitung führt dazu, dass sie reproduziert und teilweise über Generationen hinweg weitergegeben werden. Heute gehen die drei Länder unterschiedlich mit ihrer gewaltvollen Vergangenheit um.

DR KONGO

In der Demokratischen Republik Kongo wurden allein 2018 1,8 Millionen Menschen durch gewaltsame Konflikte vertrieben. Rund 12,8 Millionen Menschen im Land sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Vor allem der Osten leidet seit mehr als 20 Jahren unter Gewalt. 2019 wurden in den beiden Provinzen Nord- und Süd-Kivu mehr als 130 bewaffnete Gruppen gezählt (siehe Interview mit Christoph Vogel im E+Z/D+C e-Paper 2018/02, Schwerpunkt).

Sexualisierte Gewalt ist ein weitverbreitetes Phänomen. In Süd-Kivu wurden zwischen 2005 und 2007 mehr als 20 000 Vergewaltigungsoffer registriert, ein Drittel davon minderjährig. Die Dunkelziffer ist deutlich höher. Andere traumatisierende Erlebnisse wie Entführungen sind ebenfalls sehr häufig. In der nordöstlichen Provinz Ituri gaben 2008 in einer Studie 95 Prozent



Soldaten in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa im Jahr 2006.

der 13- bis 21-Jährigen an, mindestens eine traumatische Erfahrung gemacht zu haben. 52,2 Prozent der Teilnehmenden wiesen Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung (posttraumatic stress disorder – PTSD) auf. Die Täter stammen häufig aus den Reihen der Armee und Polizei und werden nur sehr selten zur Rechenschaft gezogen. Die weitverbreitete Straflosigkeit und das fehlende Vertrauen in das Justizsystem führen dazu, dass die Opfer die Verbrechen häufig nicht zur Anzeige bringen.

Das staatliche Gesundheitssystem ist marode und kann die notwendige psychische Versorgung nicht gewährleisten. Staatliche Programme zur Aufarbeitung der Vergangenheit sind praktisch nicht existent. „Die Verantwortung, sich um traumatisierte Menschen zu kümmern, wird an nationale und internationale NGOs und kirchliche Organisationen abgegeben“, sagt Kavira Nganza, eine der wenigen Trauma-Therapeutinnen im Osten des Landes.

Es gibt lediglich zwei Krankenhäuser, die Trauma-Patienten behandeln, und beide sind kirchlich finanziert. In einem davon, dem Panzi-Hospital in Bukavu, arbeitet der Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege (siehe Mahwish Gul in E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Debatte). Er hat viele Vergewaltigungsoffer behandelt und ruft immer wieder zu einem Ende und einer juristischen Aufarbeitung der Gewalt auf. Doch die amtierende Regierung nimmt sich weder der Vergangenheitsaufarbeitung noch der grassierenden Straflosigkeit an.

Ein Großteil der Gewalt fiel unter die 18-jährige Amtszeit von Ex-Präsident Joseph Kabila, dessen Sicherheitskräfte nicht zuletzt durch die brutale Niederschlagung der Proteste gegen die Verschleppung der Präsidentschaftswahlen zwischen 2015 und 2018 auch aktiv dazu beigetragen haben (siehe meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2018/05, Debatte). Doch von seinem Nachfolger Felix Tshisekedi hat Kabila nichts zu befürchten: Er kündigte kurz nach seinem Amtsantritt 2019 an, dass er die Vergangenheit ruhen lassen werde und Kabila als seinen Verbündeten ansehe.

RUANDA

Ruanda gilt hingegen als Vorbild der Vergangenheitsbewältigung. Die staatlichen Autoritäten gehen einen ganz anderen Weg als die DR Kongo. Der ruandische Völker-

mord von 1994 zählt zu den größten Gewaltverbrechen des 20. Jahrhunderts. 26 Jahre danach ist die juristische Aufarbeitung zwar abgeschlossen, die Versöhnung innerhalb der Gesellschaft aber noch lange nicht.

Während des Völkermordes wurden rund eine halbe Million Frauen und Mädchen vergewaltigt. Viele Menschen erlebten mit, wie Freunde und Familienangehörige Opfer von Gewalt wurden. Studien zufolge weisen zwischen 25 und 29 Prozent der Menschen in Ruanda Symptome einer PTSD

stahl zuständig waren. Ihre Anwendung auf Gewaltverbrechen im Post-Genozid-Staat brachte viele Herausforderungen mit sich, die Bilanz ist umstritten.

Die Aufarbeitungspolitik Ruandas untersteht in vielen Bereichen einer staatlich vorgegebenen Doktrin. So hat der Staat klare Mechanismen entwickelt, wie mit der Vergangenheit umgegangen und über diese kommuniziert wird. Von staatlicher Seite wird ausschließlich vom „Genozid an den Tutsi“ gesprochen. Hutu, die sich gegen



Veranstaltung in Ruandas Hauptstadt Kigali zum Gedenken an den Völkermord von 1994.

auf. Bei den Überlebenden des Völkermordes liegt die Prävalenzrate depressiver Störungen laut einer Studie von 2018 sogar bei bis zu 53,9 Prozent. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass mindestens ein Viertel der 12 Millionen Einwohner des Landes durch den Völkermord schwer traumatisiert wurden und bis heute an den Folgen leiden.

Die UN eröffneten Ende 1994 den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, welcher sich mit Anklagen gegen die Hauptverantwortlichen des Völkermordes befasste. Allerdings blieb die Mehrheit der Verhandlungen der Gerichtsbarkeit Ruandas selbst überlassen. Aufgrund fehlender Kapazitäten des ruandischen Justizsystems wurden 2002 vorkoloniale Gacaca-Gerichte wieder eingeführt: Laiengerichte, die traditionell nur für leichte Verbrechen wie etwa Dieb-

das Morden stellten und deshalb getötet wurden, oder die ethnische Minderheit der Twa, von der schätzungsweise ein Drittel ermordet wurde, finden im offiziellen Sprachgebrauch nur selten Erwähnung. Auch weigert sich die Regierung unter Präsident Paul Kagame bis heute, an der Aufarbeitung der eigenen Menschenrechtsverbrechen mitzuwirken, die sie nach Ende des Völkermordes begangen hat.

Die Art und Weise des Gedenkens ist streng staatlich reguliert. Jedes Jahr wird eine Woche lang des Völkermordes gedacht, „um Solidarität mit den ermordeten Tutsi zu zeigen“, wie es offiziell heißt. Den anderen Bevölkerungsgruppen wird das Gedenken an ihre Toten praktisch nicht zugelassen. Das sehr offensive Gedenken, bei dem unter anderem Überlebende von ihren

Erlebnissen berichten und sterbliche Überreste der Opfer aufgebahrt werden, löst jedes Jahr retraumatisierende Krisen aus. Die Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen ist verpflichtend, Fehlverhalten kann sanktioniert werden.

Während die Regierung seit Jahren große Anstrengungen für die (bildungs-) politische Aufarbeitung des Völkermordes unternimmt, wurde der psychologisch-medizinischen Seite bislang zu wenig Beachtung geschenkt. Ruanda ist trotz einiger Entwicklungserfolge weiterhin ein Land mit niedrigem Einkommen und begrenzten Ressourcen. Dies macht sich im Gesundheitssektor bemerkbar, besonders bei der Behandlung psychischer Erkrankungen. 2016 gab es landesweit nur eine auf psychische Krankheiten spezialisierte Klinik. Ruanda ist in diesem Bereich auf lokale und internationale NGOs sowie auf kirchliche Strukturen angewiesen. Laut dem Gesundheitsministerium wurde die psychische Gesundheit aber mittlerweile zu einer der Hauptprioritäten erklärt. Dementsprechend ist die Zahl des in diesem Fachgebiet spezialisierten medizinischen Personals in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

BURUNDI

Burundi blickt auf diverse Gewaltzyklen seit dem Jahr 1962 und einen 12 Jahre dauernden Bürgerkrieg zurück, dem rund 300 000 Menschen zum Opfer fielen. Nach dem Friedensabkommen von Arusha im Jahr 2000 und dem Ende des Bürgerkrieges im Jahr 2005 hielten die Spannungen an. Die jüngsten Gewaltzyklen folgten vor und während der beiden Präsidentschaftswahlen 2010 und besonders 2015 (siehe meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2016/02, Debatte). Politische Machtkämpfe beeinträchtigten die Versuche, die gewaltvolle Vergangenheit mit Hilfe verschiedener Friedens- und Versöhnungsansätze aufzuarbeiten. Viele Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen haben bis heute politische Positionen inne, was die Aufarbeitung erheblich erschwert.

Seit 2000 gibt es mehrere staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen der Aufarbeitung. Das wohl bedeutendste Dokument ist das Arusha-Abkommen aus dem Jahr 2000. Der Friedensvertrag legte den Grundstein für eine umfassende Machtteilung zwischen beiden Gruppen, Hutu und

Tutsi, in Regierung, Parlament, Verwaltung, Polizei und Armee. Auch Transitional-Justice-Mechanismen wie eine nationale Menschenrechtskommission und eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (Commission Vérité et Réconciliation – CVR) wurden installiert.

Die CVR hat ihre Arbeit allerdings erst 2014 aufgenommen und ist vielfacher Kritik ausgesetzt. Sie klammert beispielsweise



den aktuellen politischen Konflikt seit 2015 aus und hat stattdessen unter großem Medienecho damit begonnen, Massengräber auszuheben, bei denen es sich laut ihrem Leiter einzig um Opfer von Massakern an der Hutu-Bevölkerung aus dem Jahr 1972 handelt. Diese Funde, ihre Dokumentation und vor allem die fehlende psychologische Aufarbeitung bergen die Gefahr, die Menschen erneut zu traumatisieren und im schlimmsten Fall ethnische Ressentiments wiederzubeleben. Die personelle Zusammensetzung der CVR wird allein von der Regierung bestimmt, die somit verhindern kann, dass Verantwortliche aus den eigenen Reihen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die Menschenrechtskommission ist quasi vollständig unter Regierungskontrolle, so dass ihr Beitrag zu einer offenen und ehrlichen Aufarbeitung wohl gering bleiben wird.

Die reguläre Justiz trägt nicht zur Aufklärung der zahlreichen Übergriffe auf Oppositionelle, Menschenrechtsaktivisten sowie zivilgesellschaftliche Akteure bei. Straflosigkeit ist weit verbreitet. Außerdem trat Burundi 2017 als erstes Mitgliedsland aus dem Internationalen Strafgerichtshof aus, nachdem umfassende Untersuchungen

der Vorfälle seit 2015 angekündigt wurden. Die im Arusha-Abkommen beschlossene Machtteilung zwischen Hutu und Tutsi wurde durch eine umstrittene Verfassungsänderung im Jahr 2018 und den Antritt der neuen Regierung im Juni 2020 zum großen Teil aufgehoben. Damit ist der fragile Friedens- und Versöhnungsprozess im Land gefährdet.

Die vielen Gewaltakte in der älteren und jüngeren Geschichte haben die burundische Gesellschaft tief traumatisiert. Laut einer aktuellen Studie kannten 63 Prozent der Menschen mindestens eine Person persönlich, die ermordet wurde. 2012 fand eine Studie heraus, dass etwa ein Viertel der burundischen Bevölkerung so stark traumatisiert ist, dass sie klinische Symptome von traumabedingten Erkrankungen wie PTSD aufweisen. Eine andere Erhebung stellte sogar bei knapp 40 Prozent der Menschen PTSD-Symptome fest. In einer Studie aus dem Jahr 2010 gaben 91,7 Prozent der befragten geflüchteten Burundier an, dem Tod nur knapp entkommen zu sein, 96,7 Prozent hatten ein Familienmitglied durch einen gewaltsamen Tod verloren. Die staatlich regulierte Aufarbeitung von Gewalt konzentriert sich jedoch – ähnlich wie in Ruanda – eher auf politische Aspekte.

Die Konflikte und damit einhergehenden Traumata der Menschen in der Region der Großen Seen sind insgesamt sehr komplex. Zu ihren Auslösern gehören der Völkermord in Ruanda und jahrelange Gewaltzyklen und Bürgerkriege sowie anhaltende interne Vertreibungen und Fluchtdynamiken. Die Konflikte schwelen weiter und werden von verschiedenen politischen, militärischen und ökonomischen Faktoren verschärft. Ohne eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit wird sich der Weg zu nachhaltiger Stabilität, Sicherheit und Frieden für die Menschen in der Region weiterhin schwierig gestalten.



GESINE AMES
ist Koordinatorin des
Ökumenischen Netzes
Zentralafrika (ÖNZ).
office@oenz.de



LUCA BOOTSMANN
war ÖNZ-Mitarbeiter.

Viele Nigerianer sind die Polizeibrutalität leid – Demonstration im Oktober 2020.



Soziale Bewegungen

Der Ruf nach Veränderungen erschallt oft sehr plötzlich, kann aber langfristige Ergebnisse bringen. Soziale Bewegungen engagieren sich oft für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltschutz, womit sie die Transformation zur nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Wo Bürgerrechte beachtet werden, integrieren sich neue Bewegungen recht schnell in die bestehende Vielfalt der Zivilgesellschaft. Wo indes-

sen der Raum für zivilgesellschaft-



lichen Aktivismus zu stark eingegrenzt wird, rückt schnell die Forderung nach Demokratie und Rechtsstaat in den Mittelpunkt. Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

ALGERIEN

Ruf nach echter Demokratisierung

Algerien kommt seit dem erzwungenen Rücktritt von Langzeitherrscher Abdelaziz Bouteflika im April 2019 nicht zur Ruhe. Die Regierung wollte mit einem Referendum über eine neue Verfassung am 1. November die politische Krise im Land beenden. Doch das gelang nicht. Im Gegenteil: Die Gräben zwischen Regime und Protestbewegung vertieften sich weiter. Die Opposition will den Schwung aus der jüngsten Protestwelle nun dafür nutzen, sich besser zu organisieren.

Von Sofian Philip Naceur

Eigentlich wollte Algeriens Regime mit der Verfassungsänderung die Protestbewegung – in Algerien meist „Hirak“ (Arabisch für „Bewegung“) genannt – endgültig ausbremsen und mit kosmetischen Reformen abpeisen. Doch die zuletzt immer autoritärer agierende Staatsführung ist mit dem Versuch, sich neue Legitimität zu verschaffen und den Hirak in die Defensive zu drängen, gescheitert.

Zwar wurde die neue Verfassung bei dem Referendum mit 66,8 Prozent der Stimmen angenommen, die Wahlbeteiligung lag mit nur 23,7 Prozent aber auf einem historischen Tiefststand. Selbst diese Zahl könnte noch geschönt worden sein, schließlich gelten Wahlen in Algerien seit Jahrzehnten als systematisch manipuliert. Im Vorfeld des Referendums vom 1. November hatte es die Regierung zudem unterlassen, die Wahlgesetzgebung adäquat zu reformieren und somit eine transparente Abstimmung zu gewährleisten.

Entsprechend blieb Algeriens Bevölkerung den Urnen am Wahltag weitgehend fern. Schlangen vor Wahllokalen suchte man vergeblich. Stattdessen gab es Proteste, gestürmte Wahlbüros und bissige Satire. In mehreren Städten Ostalgeriens und der traditionell aufsässigen Provinz Kabylei, einer mehrheitlich von Berbern bewohnten Region östlich von Algier und eine Hochburg der Opposition, hatten Demonstranten mit Schlitzern für Wahlzettel versehene Mülltonnen aufgestellt und warfen selbstgemalte Stimmzettel symbolisch in den Abfall. In zahlreichen Städten und Dörfern der Kaby-

lei und Ostalgeriens wurde friedlich gegen die Abstimmung protestiert. In einigen Ortschaften hatten Demonstranten aber Wahllokale gestürmt und Stimmzettel auf der Straße ausgekippt oder angezündet. Angesichts der Proteste brachen die Behörden den Wahlprozess in unzähligen Kommunen in Ostalgerien sogar gänzlich ab.

Überraschend war eine derart unruhig verlaufende Wahl keineswegs, hatten doch zahlreiche, dem Hirak nahestehende Kräfte zum Boykott der Abstimmung aufgerufen. Für den Hirak ist die erfolgreiche Boykottkampagne ein Hoffnungsschimmer. Erstmals seit März bekam die Bewegung wieder deutlich mehr Zulauf.

ERFOLGE DER PROTESTBEWEGUNG

Ihre Hochzeit war im Frühjahr 2019 gewesen, wo fast täglich hunderttausende Demonstranten durch algerische Städte zogen und den Rücktritt des seit 1999 amtierenden Präsidenten Abdelaziz Bouteflika forderten. Im April 2019 trat dieser tatsächlich zurück, doch das Regime blieb. Die Armee übernahm de facto das Ruder und ließ auf Druck

der Straße dutzende Bouteflika-Vertraute verhaften und vor Gericht stellen.

Schnell war klar, dass die Armee auf die Forderung des Hirak nach einer echten politischen Öffnung nicht eingehen würde. Sie nutzte die Krise vielmehr dafür, in den eigenen Reihen aufzuräumen und Bouteflikas Fraktion im Machtapparat auszuschalten.

Seither versucht das Regime, die Protestierenden zu besänftigen, ohne eine echte Demokratisierung einleiten zu müssen. Doch der Hirak erwies sich als äußerst widerstandsfähig, hatte er doch aus der eigenen Geschichte und dem Scheitern des sogenannten „Arabischen Frühlings“ in der Region 2011 gelernt und auf Gewalt konsequent verzichtet. Angesichts der Friedfertigkeit konnte das Regime nicht mit roher Gewalt einschreiten oder die Bewegung diskreditieren. Da sich das Regime hartnäckig an die Macht klammerte, bewegte sich das Land Anfang 2020 auf eine Sackgasse zu.

Als Ausweg warben der im Dezember in einem von Manipulationsvorwürfen überschatteten Urnengang neu „gewählte“ Staatspräsident Abdelmadjid Tebboune und der im Hintergrund die Fäden ziehende mächtige Armeechef Saïd Chengriha gebetsmühlenartig für das Verfassungsreferendum. Dieses sei eine „wichtige Etappe“ für den Aufbau eines „neuen Algeriens“, erklärte Chengriha im Vorfeld der Abstimmung



Massenproteste gegen die Regierung im März 2020 in Algier.



mehrfach. Die Staatsführung versuchte, die Verfassungsänderung als Zugeständnis an Hirak und Opposition zu verkaufen. Doch wirkliche Reformen werden durch die Verfassungsrevision keineswegs eingeleitet.

Zwar beschränkt das neue Grundgesetz die Amtszeiten des Staatsherrn auf zwei Mandate und stärkt die Rolle des Parlaments. Aber der Präsident darf nach wie vor hochrangige Richterposten in Eigenregie besetzen und behält damit einen beachtlichen Einfluss auf die Justiz. Auch Freiheitsrechte sowie ein Verbot von Zensur

sind in der neuen Verfassung festgehalten. Doch sie sind das Papier, auf dem sie geschrieben sind, nicht wert, wie das Regime im Vorfeld der Abstimmung bewies. Es ließ weiterhin systematisch Aktivisten, Oppositionelle und Journalisten aus politischen Gründen verhaften und vor Gericht zerren.

Das linksliberale Oppositionsbündnis „Pakt der demokratischen Alternative“ bezeichnete die jüngste Repressionswelle gegen Oppositionelle derweil in einer Erklärung als „Kreuzzug des Regimes gegen Freiheiten“. Versicherungen der Regierung, Menschen- und Freiheitsrechte künftig achten zu wollen, sind daher unglaublich unwürdig.

Vor dem Referendum und der Corona-Krise war der Hirak meilenweit von seiner beeindruckenden Stärke von früher entfernt. Doch nun wendet sich das Blatt. Das Regime hatte die Pandemie als Vorwand genutzt, zunehmend repressiv gegen den Hirak vorzugehen. Dies und der Widerstand gegen das Referendum brachte der Bewegung neuen Zulauf.

Der Hirak will in den kommenden Wochen weitere Schlagkraft entwickeln. Er lancierte mit „Nida22“ eine neue Initiative mit dem Ziel, die verschiedenen, in der Bewegung aktiven ideologischen Strömungen und politischen Lager endlich an einen Tisch zu bekommen, um das Regime mit einer breiten Allianz wirkungsvoller als bisher unter Druck setzen zu können.

Will die Staatsführung die politische Krise beenden, muss sie den Protestierenden mehr anbieten als nur kosmetische Reformen. Doch ohne eine neuerliche Massenmobilisierung des Hirak auf Algeriens Straßen wird das Regime wohl nicht einlenken.



SOFIAN PHILIP NACEUR
ist freier Journalist und lebt in Tunis. Er hat sich auf Entwicklungen in Algerien, Ägypten und Tunesien

spezialisiert.

mail@sofiannaceur.de

Twitter: @SofianNaceur



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.





Gedenkveranstaltung am 4. November, einen Monat nach der Explosion im Hafen von Beirut, in deren Folge die Regierung zurücktreten musste.

LIBANON

Schnelle Reformen sind nicht in Sicht

Rund ein Jahr nach seinem Rücktritt soll Saad Al Hariri erneut die Regierung im Libanon anführen. Viele der Demonstranten, die im Oktober 2019 für Reformen auf die Straße gegangen waren, empfinden das als schweren Rückschlag. Andere klammern sich angesichts der schweren Krise, in der das Land sich befindet, an alte Muster und Führungsfiguren.

Von Mona Naggar

Die Freude war sehr groß, als Ende Oktober 2019 der damalige Ministerpräsident Saad Al Hariri zurücktrat. Er kam den Forderungen der abertausenden Demonstranten nach, die in verschiedenen Städten des Libanons auf die Straßen gegangen waren und politische Reformen gefordert hatten. Der Anfang dafür sollten der Rücktritt der Regierung und die Bildung einer Übergangsregierung aus Technokraten sein. Es schien für einen Moment, als ob die Zivilgesellschaft stark genug wäre,

Druck auf Libanons politische Klasse auszuüben.

Die neue Regierung, die unter Führung des Hochschulprofessors Hassan Diab entstand, führte zwar das Etikett „technokratisch“ – ihre Mitglieder hatten keine Parteibücher. Aber ihre Loyalitäten galten eindeutig den herrschenden politischen Kräften und Persönlichkeiten im Land. Diese Regierung musste wenige Tage nach der verheerenden Explosion vom 4. August 2020 am Beirutener Hafen zurücktreten, die zu mehr als 200 Toten, tausenden von Verletzten und 300 000 Obdachlosen führte (siehe meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2020/09, Debatte). Jetzt soll der alte Ministerpräsident auch der neue werden: Hariri übernimmt abermals die Regierungsbildung.

Die Reaktionen auf Hariris Rückkehr sind unterschiedlich. Einige Menschen empfinden tiefen Frust angesichts der Aussicht auf eine Wiederauflage allzu bekannter Absprachen zwischen den korrupten

Kräften im Land. Es erscheint wie ein Déjà-vu – Politik nach altem Muster. Andere halten den politisch erfahrenen Hariri, der gute Beziehungen zum westlichen Ausland unterhält und Vertrauen bei den Banken genießt, für den richtigen Kandidaten, um in diesen turbulenten Zeiten konkrete Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Die Lage im Libanon könnte kaum schwieriger sein. Der Staat ist bankrott. Die Bankenkrise hat die Bürgerinnen und Bürger um ihr Erspartes gebracht. Jeden Tag stehen Menschen Schlange vor den Banken, in der Hoffnung, kleinere Beträge abheben zu dürfen. Die Armut nimmt rapide zu. Nach Angaben der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (Economic Commission for Western Asia – ECWA) leben mehr als 55 Prozent der Libanesen in Armut, fast doppelt so viele wie letztes Jahr.

Der Staat ist mit der Covid-19-Pandemie überfordert. Wer kann, verlässt das Land. Der Politologe Nasser Yassin von der Amerikanischen Universität in Beirut (AUB) spricht bereits von der dritten Auswanderungswelle in der Geschichte des Libanons. Die erste fand Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts statt, als ein Bürgerkrieg und der Zusammenbruch der Seidenherstellung die Menschen vertrieb. Die zweite Welle ereignete sich vor und während des Bürgerkrieges von 1970 bis 1990. Und nun ist es die schwerste politische und wirtschaftliche Krise der jüngeren Geschichte, verstärkt

noch durch die Folgen der Coronapandemie. Gut ausgebildete Libanesinnen und Libanesen wandern nach Australien, Kanada oder in die USA aus. Auch illegale Wege werden genutzt: Regelmäßig verlassen Boote die libanesische Küste Richtung Zypern.

UNERFÜLLTE HOFFNUNGEN

Vor nicht allzu langer Zeit, im Oktober 2019, blickten viele Libanesen noch voller Hoffnung in die Zukunft. Begeisterung und Aufbruchstimmung erfasste die Menschen in allen Landesteilen. Sogar Auslandslibanesen kamen zurück, um bei den „Oktober-Protesten“ dabei zu sein und mitzuerleben, wie sich das reformbedürftige politische System dem Druck der Straße beugt. Ein Jahr später ist von dieser Stimmung nichts mehr zu spüren. Die Forderungen der Demonstranten stehen immer noch auf den Wänden der Beiruter Innenstadt. Aber Proteste finden nur noch sporadisch statt, die Aktivisten sind weitgehend unsichtbar geworden.

Es ist nicht gelungen, den hohen Grad der Mobilisierung über Monate aufrechtzuerhalten, schreibt Lyna Gomaty für das Libanese Center for Policy Studies (LCPS).

Gomaty hat aktiv an den Demonstrationen teilgenommen. Selbstkritisch bemerkt sie, dass die Aktivisten es nicht geschafft hätten, andere Formen der Mobilisierung hervorzuheben oder eine nachhaltige Infrastruktur aufzubauen. Die Mehrheit von ihnen habe sich nicht in Gruppen oder Parteien organisiert.

Aus diesen Gründen konnten die Demonstrationen den Mächtigen nicht wirklich gefährlich werden. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftskrise die Menschen gezwungen hat, sich auf das eigene Überleben zu konzentrieren. Angesichts fehlender staatlicher Sozialleistungen erscheint vielen Libanesen der Klientelismus gerade jetzt als Retter in der Not, und sie wenden sich hilfesuchend an politische und religiöse Führer, obwohl ihnen bewusst ist, dass gerade diese Führer die Basis des korrupten Systems sind. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die öffentlichen Proteste nachgelassen haben. Zudem hat das zunehmend brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten viele davon abgeschreckt, weiter auf die Straße zu gehen.

Auf den ersten Blick erscheint die Lage aussichtslos – als gäbe es keine Hoffnung

auf Veränderung im Libanon. Setzt man jedoch die „Oktober-Revolution“ in einen größeren Kontext von Protesten seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990, dann fällt das Urteil nicht so düster aus. Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit, Misswirtschaft und Korruption hat in den vergangenen Jahren nie aufgehört. Im Gegenteil: Die Intensität hat zugenommen. Das stellt eine vielversprechende Aussicht für die Zukunft dar. Eine Errungenschaft der „Oktober-Proteste“ ist jedenfalls bereits sicher: die Politisierung der jungen Generation.

QUELLEN

LCPS: Why did the October 17 revolution witness a regression in numbers?
<http://lcps-lebanon.org/agendaArticle.php?id=199>

Soziale Proteste im Libanon:
<https://thepublicsource.org/mapping-collective-action-lebanon-protests>



MONA NAGGAR
 ist Journalistin und Trainerin.
 Sie lebt in Beirut, Libanon.
mona.naggar@googlemail.com

MENSCHENRECHTE

„LGBT-Leute verstecken sich“

Homophobie ist in Afrika verbreitet, auch in Uganda. Queer Youth Uganda ist eine regierungsunabhängige Organisation, die betroffene Menschen unterstützt. Das englische Kürzel LGBT steht für „lesbisch, schwul („gay“), bi- und transsexuell“ und umreißt die ausgegrenzten Gruppen. Sam Opio, Leiter von Queer Youth Uganda, berichtet über Erfolge und andauernde Probleme.

Sam Opio im Interview mit Isabella Bauer

Wie hat sich das Leben von LGBT-Menschen in Uganda in den vergangenen Jahrzehnten geändert?

Als ich jung war, gab es keinerlei Informationen. Manchmal berichteten die Zeitungen

über Männer, die wegen sexuellen Handlungen mit anderen Männern inhaftiert wurden. Zwischen schwul, lesbisch oder transsexuell wurde nicht unterschieden. All das galt als aus dem Westen importierte, afrikanischen Traditionen widersprechende „Perversion“. Junge Schwule wie ich waren verwirrt und verängstigt. Aber es gab Fortschritte, und das Jahr 2014 wurde zum Wendepunkt für die LGBT-Bewegung in Uganda.

Was geschah?

Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, dass die Todesstrafe für Homosexuelle vorsah. Die Regierung und prominente fundamentalistische Christen hatten das Gesetz auf den Weg gebracht. Doch das

Verfassungsgericht kippte das „Tötet-die-Schwulen-Gesetz“ noch im selben Jahr. Ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen – darunter Frauenrechtsgruppen und HIV/Aids-Initiativen – hatte sich gegen die homophobe Agitation gestellt und Bewusstsein für unsere Probleme geschaffen. Auch Wissenschaftler waren dabei. Diese Koalition hatte großen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Viele begriffen, dass unsere Community dämonisiert wurde. Wir sind keine Gefahr für andere und haben das Recht, unser Leben zu leben. Was wir einvernehmlich mit anderen Erwachsenen tun, geht niemanden etwas an.

Gab es internationale Unterstützung?

Ja, und sie war in vielerlei Hinsicht wichtig. 2011 sorgte der Mord an David Kato, Ugandas erstem, prominenten LGBT-Aktivisten, für Schlagzeilen. Internationale nichtstaatliche Organisationen – nicht nur, aber auch aus der LGBT-Bewegung – unterstützten uns. Sie versorgten uns mit Informationen,



Die Website von Queer Youth Uganda.

unter anderem über den Forschungsstand zu Gesundheit und Sexualität. Das half, schwulenfeindlicher Hetze entgegenzutreten. Auch finanziell oder juristisch wurden wir unterstützt, mitunter auch personell. Den Geberregierungen wurde klar, wie weit verbreitet Homophobie in Uganda und anderen afrikanischen Staaten war. Sie froren Entwicklungsgelder ein und verlangten, dass Uganda die internationalen Menschenrechte achtete. Andererseits bekamen homophobe Pfarrer Unterstützung von Evangelikalen aus den USA. Aber den Leuten in Uganda wurde langsam klar, dass diese mit unwissenschaftlichen Lügen arbeiten.

Die Homophobie wurde also zurückgedrängt?

Ja, zu einem gewissen Grad. Wir sind immer noch Schikanen ausgesetzt und hin und wieder auch Übergriffen. Manchmal verprügeln uns Leute auf der Straße. Ich selbst wurde schon mehrmals angegriffen. Das ist sehr verstörend, weil es einem das Sicherheitsgefühl im Alltag nimmt. Manches hat sich aber auch verbessert. Als ich 2019 attackiert wurde, konnte ich zur Polizei gehen und Anzeige erstatten. Viel passiert ist dann allerdings nicht. Die Polizei hat offiziell eine Einheit für LGBT-Themen, aber sie tun nichts zugunsten betroffener Menschen. Auf den Wachen geht es weiter wie immer: Erpressung, Bloßstellung und verzerrte Darstellungen des Geschehenen sind normal. Und Ugandas Parlament beschließt

weiterhin Gesetze, die uns einschränken oder kriminalisieren. Das Computer-Missbrauchs-Gesetz zum Beispiel macht es strafbar, sich online über das Engagement für LGBT-Interessen auszutauschen. Das kann bis zu fünf Jahre Gefängnis bedeuten. Wenn wir einen Workshop mit mehr als 15 Personen veranstalten wollen, brauchen wir laut dem Gesetz über die öffentliche Ordnung eine polizeiliche Genehmigung. Wir müssen dann als Thema Menschenrechte oder HIV/Aids nennen, denn Diskussionen über LGBT-Rechte werden nicht erlaubt.

Warum arbeitet Queer Youth Uganda hauptsächlich im abgelegenen, ländlichen Raum?

In der Hauptstadt Kampala gibt es schon viele LGBT-Angebote, deshalb konzentrieren wir uns auf das Land. Es war früher schwierig, dort Leute zu erreichen, aber das ändert sich dank der sozialen Medien. Trotzdem gibt es immer noch Vorurteile, und LGBT-Leute neigen dazu, sich zu verstecken.

Sie selbst sind in einem Dorf aufgewachsen. Wie gelang Ihnen, die eigene Identität zu finden?

Keiner verstand, wer ich war. Wir konnten nicht darüber reden. Ich fühlte mich anders, weil ich mich vom gleichen Geschlecht angezogen fühlte. Aber ich hatte keine Ahnung, wie ich das benennen sollte. Als klar war, dass ich mich zu Männern hingezogen fühle, hat mich meine gesamte Familie verstoßen.

Wie veränderte der Umzug nach Kampala Ihr Leben?

Nun, paradoxerweise haben mir die Anti-Schwulen-Kampagnen einiger ugandischer Zeitungen geholfen, denn ich erfuhr von Treffpunkten – etwa der Mama Mia Bar im Speke Hotel. Ich ging hin und fühlte mich sofort am richtigen Platz. Es war der Treffpunkt von Homosexuellen in der Hauptstadt.

Wie wurden Sie zum hauptberuflichen Aktivistin?

Nach dem Studium arbeitete ich beim Schuhhersteller Bata, wurde aber wegen meiner Homosexualität entlassen. Mein Bild war in Zeitungen abgedruckt worden. Dank niederländischer Spender bot sich mir die Gelegenheit, Vollzeitaktivist zu werden und Queer Youth Uganda aufzubauen. Endlich wurde ich nicht mehr permanent gefragt, ob ich verheiratet bin oder Kinder habe. Ich fühlte mich befreit. Es tut gut, junge LGBT-Menschen auf dem Land zu unterstützen und sie mit den Informationen zu versorgen, die mir geholfen hätten, als ich ein junger, schwuler Dorf-Teenager war.



SAM OPIO
ist Gründer und Geschäftsführer von Queer Youth Uganda.
<https://www.queeryouthuganda.org>

[queeryouthuganda.org](https://www.queeryouthuganda.org)
queerug@gmail.com



Demonstrant im Bundesstaat Lagos am 16. Oktober.

POLIZEILICHES FEHLVERHALTEN

Lange aufgestaunter Ärger

Nigerias Regierung musste im Oktober eine umstrittene Polizeieinheit auflösen, weil deren Gewalttätigkeit Proteste ausgelöst hatten. Ob sich langfristig wirklich etwas ändert, steht noch längst nicht fest.

Von Ben Ezeamalu

Anfang Oktober verbreitete sich ein Video rasant im Internet. Es zeigte, wie Männer, die angeblich zu der Polizeieinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS) gehörten, jemanden töteten. Bald danach brachen Proteste aus – zuerst in Lagos und Abuja und dann im ganzen Land.

SARS hat schon lange einen schlechten Ruf. Seit 2016 hat die Regierung viermal angekündigt, die Einheit entweder aufzulösen, zu reformieren oder abzuschaffen. Diesmal hat sie als Ersatz eine neue Einheit namens SWAT (Special Weapons and Tactical unit) eingerichtet.

Geschaffen wurde SARS 1992 mit dem Auftrag, Raubüberfälle, Geiselnahmen und andere schwere Verbrechen zu bekämpfen. Allerdings war die Einheit bald dafür bekannt, Bürger zu erpressen. Auch Vorwürfe wegen Folter und Tötungen im Dienst wurden immer wieder erhoben.

2016 wurde der Hashtag #EndSARS in sozialen Medien beliebt. Im selben Jahr veröffentlichte Amnesty International einen Bericht darüber, dass SARS-Beamte festge-

nommene Personen regelmäßig nur nach Zahlung hoher Geldbeträge freiließen. Im Juni 2020 erschien ein weiterer Amnesty-Bericht über Menschenrechtsverletzungen durch SARS. 2017 hatten beispielsweise Beamte einen 23-jährigen Mann gefoltert, dem sie den Diebstahl eines Laptops vorwarfen. In einem anderen Fall hatten sie 2018 einem 24-jährigen Festgenommenen fünf Wochen lang jeglichen Kontakt zu Familie, Rechtsanwälten und Ärzten verwehrt.

Aus Anlass des Videos gingen im Oktober wütende junge Leute massenhaft auf die Straßen. Nun nutzen sie soziale Medien, um Treffpunkte zu vereinbaren. Ihre Straßenblockaden lähmten die Wirtschaftstätigkeit. Ihre Bewegung breitete sich landesweit aus, und eine Liste mit fünf Forderungen wurde sehr beliebt. Es ging um:

- die Freilassung aller festgenommenen Aktivisten,
- die juristische Aufarbeitung der Vergehen und Entschädigung der Betroffenen oder ihrer Familien,
- die Schaffung einer unabhängigen Institution, um Fehlverhalten der Polizei zu kontrollieren,
- die psychologische Evaluierung und Fortbildung von Polizisten sowie
- bessere Bezahlung, damit Beamte endlich angemessen verdienen.

Einerseits begann die Regierung sich ernsthaft mit den Forderungen auseinan-

derzusetzen, andererseits entschied sie sich aber wieder für Repression. In der Nacht vom 20. auf 21. Oktober sollten Soldaten eine Straßenblockade in einem wohlhabenden Teil des Ballungsraums Lagos auflösen. Sie schossen scharf und töteten mehrere Menschen. Daraufhin brachen Kravalle aus, und es kam zu Plünderungen und Brandanschlägen.

Die Protestbewegung entstand spontan auf Basis informeller Verbindungen zwischen wütenden Menschen. Eine formale Führung gab es nicht. Folglich hat die Regierung auch keine eindeutig benennbaren Ansprechpartner für Verhandlungs- oder auch Bestechungsversuche. Es gab derweil auch niemanden in der Bewegung, der die Verantwortung dafür hätte übernehmen können, gewalttätige Aktionen zu unterbinden. Aus Sicht der Protestierenden war das Fehlen einer formalen Führung sogar eine Stärke. Die Erfahrung lehrt schließlich, dass die Staatsmacht solche Personen regelmäßig kooptiert oder durch Festnahme, wenn nicht auf noch brutaler Weise, zum Schweigen bringt.

Mittlerweile geht die Regierung gegen diejenigen vor, die sie für die Strippenzieher hält. Bankkonten wurden gesperrt, und es gibt Vorwürfe der Terrorismusfinanzierung. Mindestens ein Pass wurde eingezogen, sodass eine Frau nicht mehr ins Ausland reisen kann. Die Spitzenpolitiker ärgert die Entschlossenheit und die Kraft der Protestbewegung – und sie scheinen nun auf Strafe erpicht.

Es bleibt abzuwarten, ob die neue SWAT-Einheit sich künftig als besser erweist als SARS. Wenn nicht, werden die Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit der Jugend weiterwachsen. Manche Politiker scheinen zu glauben, aggressive Polizeirepression belege ihre Stärke. Tatsächlich beweist sie unzureichende Amtsführung und unterhöhlt die Glaubwürdigkeit der Politik.

LINK

Amnesty International, June 2020: Time to end impunity.

<https://www.amnesty.org/en/documents/af44/9505/2020/en/>



BEN EZEAMALU

ist Journalist und arbeitet für die Premium Times in Lagos.
ben.ezeamalu@gmail.com
Twitter: @callmebenfigo



Die Teilhabe von Frauen ist ein Anliegen der Older People Associations wie hier in Kambodscha.

OLDER PEOPLE ASSOCIATIONS

Mehr Lobby und Hilfe für Ältere

Die Weltbevölkerung wird immer älter. Dennoch haben Seniorinnen und Senioren in vielen Ländern kaum eine Lobby. Es fehlt an politischem Einfluss, finanzieller Unterstützung und sozialer Absicherung. Die internationale Netzwerkorganisation HelpAge will dies ändern.

Von Jürgen Focke

HelpAge Deutschland wurde 2005 in Osnaabrück gegründet und ist mit seinen rund 160 Partnerorganisationen derzeit in 89 Ländern aktiv. Die Organisation unterstützt und fördert die Selbstverwaltungsorganisationen der Älteren in Asien, Afrika und Südamerika, wobei die meisten Vereinigungen als Older People Association (OPA) bezeichnet werden, wie in Kambodscha, China, Nepal, Indien und Sri Lanka. Es gibt aber auch andere Namen, wie beispielsweise International Self-Help Club Vietnam (ISHC), Kwa Wazee (Für alle alten Menschen) Tansania oder Waman Wasi (Die alten Weisen) Peru.

Aus der Gründungsidee heraus definieren sich OPAs als eine Gruppe älterer Menschen, die ihren Mitgliedern helfen, soziale Aktivitäten zu organisieren, Mikrofinanzierungen bereitstellen oder andere wohltätige Zwecke leisten sowie den Informationsaustausch und die Unterstützung durch Gleichaltrige fördern. Jede dieser Gruppen besteht aus 30 bis 50 Mitgliedern. Die erste OPA wurde von HelpAge 1998 in Kambodscha gegründet, um Senioren nach dem Bürgerkrieg zu helfen.

Es geht also um die Stärkung der Zivilgesellschaft aus sich selbst heraus, ohne dass von außen der Handlungsrahmen vorgegeben wird. Besonders engagiert sind die OPAs in folgenden Bereichen, wobei der Schwerpunkt auf den ersten beiden Punkten liegt:

- Gesundheitsversorgung
- Pflege und soziale Sicherung
- Einkommenssicherheit
- Partizipation von Frauen
- Politische Teilhabe

- Soziale und kulturelle Aktivitäten

Das OPA-Modell verbreitete sich schnell in Südostasien. Es ist nicht starr, sondern in seiner Ausgestaltung flexibel. So unterscheiden sich Struktur und Arbeitsweise der Organisationen von Land zu Land, entsprechend den jeweiligen lokalen Anforderungen.

Bei der Neuentwicklung einer OPA greift HelpAge auf die Erfahrungen des Modells in Vietnam zurück. Bis eine Altenorganisation voll einsatzfähig und finanziell unabhängig ist, dauert es in der Regel zwei Jahre. Durchschnittlich werden dafür etwa 10 000 US-Dollar benötigt, so dass sich die OPA aus den eigenen Beiträgen refinanzieren kann. Gelder, die nicht dringend für die aktuelle Arbeit benötigt werden, fließen dann in sogenannte Sparvereine, die den Altenorganisationen die Erträge zur Verfügung stellen, etwa für den Fall, dass ein Mitglied zum Beispiel eine kostspielige Operation benötigt und für die Kosten nicht aufkommen kann. Diese Vorgehensweise hat sich als Komplementärsystem zur staatlichen medizinischen Versorgung in Ländern mit einem unterentwickelten Gesundheitssystem bewährt. Es darf aber nicht passieren, dass sich OPAs in Ländern des Globalen Südens zur „Ersatzgesundheitsbehörde“ entwickeln.

Der Erfolg der OPAs hängt im Wesentlichen von den 4 Schlüsselfaktoren

- Standardisierung der Prozesse
- Politische Unterstützung durch den Staat
- Wiederholbarkeit der Prozesse
- Weiterentwicklung/Stärkung der Prozesse

ab, die ineinandergreifen. Older People Associations wurden sehr schnell als sozialer Schutzmechanismus in der gesamten asiatischen Region erkannt und gefördert. Beispielsweise hat die Association of South East Asian Nations (ASEAN) die OPAs als Entwicklungsinitiative in den strategischen Rahmen für soziale Wohlfahrt und Entwicklung seit 2011 integriert.

In China wurden die OPAs in den 12. Fünfjahresplan aufgenommen, während Kambodscha die Nationalen Richtlinien für die Gründung von Vereinigungen älterer Menschen gebilligt und eine Richtlinie für die Einrichtung einer OPA für jede Gemeinde des Landes verabschiedet hat.

Auf den Philippinen hat das Department of Social Welfare and Development die Bildung von Vereinigungen älterer Menschen in allen Städten und Gemeinden erleichtert. In Vietnam wurden die OPAs in das Nationale Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Alterns aufgenommen mit dem Ziel, bis zum jetzigen Jahr 5000 Clubs zu gründen. Dass dieses Ziel erreicht wird, ist durchaus realistisch.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bewertet OPAs als „innovativen Ansatz“, um „aktiv das allgemeine Wohlbefin-

den (wellbeing) zu fördern und den sozial Schwachen und Menschen mit Behinderung eine gesellschaftliche Teilhabe zu sichern“. Sie sind somit ein wichtiger Beitrag in der von der WHO ausgerufenen Dekade des sogenannten „Healthy Ageing“ (WHO, 2015).

Der United Nations Population Fund (UNFPA) empfiehlt die Older People Associations als wichtigen Beitrag, um den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden und dem intergenerationalen Ansatz zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs): „Die Regierungen müssen sicherstellen, dass Menschen aller Altersgruppen ein gesundes, aktives und erfülltes Leben führen können. Es reicht daher nicht mehr aus, nur den Erwartungen und Bedürfnissen der älteren Bevölkerung gerecht zu werden, sondern es bedarf eines umfassenderen lebenszyklusorientierten Ansatzes, um deren Auswirkungen auf alle Bevölkerungsgruppen anzugehen.“

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind OPAs ein anerkannter Ansprechpartner. So wurde zum Beispiel in einer OPA auf Sansibar erfolgreich eine Sozialrente für alle Mitglieder eingeführt. Was dort in zwei Dörfern begann, soll jetzt auf nationale Ebene in Tansania umgesetzt werden. Die umliegenden Nachbarstaaten, wie Uganda, Malawi, Sambia und auch Kenia haben Interesse an dieser Form der Rentenzahlung und planen, sie ebenfalls in deren nationales Recht zu transferieren.

In Peru haben indigene OPAs ihr traditionelles Wissen im Schulunterricht auf lokaler Ebene weitergegeben. Es wurde als kulturhistorisch wichtig eingestuft und in das nationale Curriculum für den Schulunterricht aufgenommen. Dort vermitteln nun ausgebildete Mitglieder der OPAs den Unterrichtsstoff.

In Thailand waren OPAs besonders erfolgreich. Was dort ebenfalls als Graswurzelorganisation begann, hat nun nationalen Einfluss. Durch intensive Lobbyarbeit wurde erreicht, dass alle Gesetze vor der Verabschiedung durch das Parlament daraufhin überprüft werden müssen, dass im Sinne des „Leave No One Behind“-Ansatzes, sowohl ältere Menschen als auch Menschen mit Behinderung durch die neuen Gesetze nicht benachteiligt werden.

Was also „klein“ beginnt, kann über die Kommunalebene hinaus „groß“ auf nationaler Ebene wirken. Somit sind Older People Associations ein wichtiger Baustein für die lokale Verankerung von Selbsthilfeorganisationen und für die Stärkung der Selbstverwaltung.

LINK

WHO, 2015: World report on ageing and health. <https://www.who.int/life-course/publications/2015-ageing-report/en/>



JÜRGEN FOCKE
ist Referent Policy & Advocacy bei HelpAge in Deutschland.
focke@helpage.de

Gesundheitsschutz fördern

Covid-19 wirkt wie ein Brennglas. Der demografische Wandel und die Diskriminierung älterer Menschen weltweit wurden selten zuvor derart sichtbar wie in dieser Pandemie. UN-Generalsekretär António Guterres hat in einem Strategiepapier im Mai (UN, 2020) für Ende dieses Jahres eine neue Richtlinie für die

Umsetzung zur Stärkung der Rechte älterer Menschen angekündigt.

Die Corona-Pandemie ist auf dem afrikanischen Kontinent und auch in Asien, mit Ausnahme Indiens, bisher nicht so schwer verlaufen, wie noch Anfang des Jahres befürchtet. Dennoch hat sie bewirkt, dass vor allem im

östlichen Afrika der Bedarf an entsprechenden Schutzmaßnahmen steigt. Staatliche Stellen können dies aber oft nicht leisten. Daher berichten die HelpAge-Partner und -Regionalbüros, dass ältere Menschen verstärkt nachfragen, wie sie sich organisieren können, um gemeinsam Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz vor Covid-19 ergreifen zu können. Als wichtiger Baustein hat sich die Gründung von Older People Associations (siehe Haupttext)

entwickelt, da Gesundheitsmaßnahmen dort eine wichtige Rolle spielen. Die Altenorganisationen werden auch in Zukunft aufgrund des demografischen Wandels eine maßgebliche Rolle spielen. jf

LINK

UN, 2020: The Impact of COVID-19 on older persons. <https://www.un.org/development/desa/ageing/wp-content/uploads/sites/24/2020/05/COVID-Older-persons.pdf>

AUTORITÄRE HERRSCHAFT

Propaganda-Herrschaft in Manila

Wie soziale Bewegungen müssen auch Rechtspopulisten viele Menschen mobilisieren. Auf den Philippinen verbreiten Duterte-Unterstützer Desinformation strategisch im Internet.

Von Alan C. Robles

Rodrigo Duterte, der Präsident der Philippinen, überbrückt zwei Jahrhunderte. Er ist ein klassischer „Dritte-Welt-Diktator“ des 20. Jahrhunderts und verdankt seinen Aufstieg Facebook, einem Internetkonzern des 21. Jahrhunderts. Duterte wurde vermutlich als erster Präsident dank sozialer Medien gewählt (Donald Trump wohl der zweite). Facebook war – und ist – wichtig für die Imagebildung, beim Angriff auf Gegner und bei der Täuschung vieler Menschen (siehe Kasten nächste Seite).

Duterte-Propaganda vermischt Fakten und Fantasie. Seine Imagespezialisten behaupten, „das Volk“ liebe ihn und er eine die Nation. Laut Wahlstatistik gewann er 2016 die Präsidentschaft aber nur mit 36 Prozent der Stimmen. Seine aggressive Rhetorik spaltet. Er gibt sich als Korruptionsbekämpfer, besetzt aber wichtige Ämter mit inkompetenten Günstlingen.

Laut Duterte erleiden die Philippinen eine Rauschgiftkrise. Sein vermeintlicher „Krieg gegen Drogen“ hat jedoch laut Menschenrechtsgruppen zu etwa 20 000 außerrechtlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte und informelle Milizen geführt. Viele Opfer sind Kinder, Teenager oder ältere Menschen, hatten aber wohl keinen Kontakt mit Drogen. Die Morde betreffen meist Armenviertel. Allerdings müssen auch Duterte-Kritiker das Schlimmste fürchten.

Duterte ist schon lange für unrechtmäßige Gewalt bekannt. Als Bürgermeister von Davao stützte er sich in den 90er Jahren im Kampf gegen die organisierte Kriminalität auf die sogenannte DDS – die Davao Death Squad. Seine Anhänger nutzen die Buchstabenfolge weiter, haben sie aber zu „Duterte Diehard Supporters“ umgedeutet. Die meisten Todesfälle in Davao wurden nie aufgeklärt. Es herrscht Straflosigkeit.

Dutertes Anhänger halten ihn für einen entschlossenen Außenseiter, der etwas bewirkt. Sie lehnen traditionelle Politiker dagegen als nutzlose „Trapos“ ab, die zur klassischen, dynastiebildenden Elite gehören, Vetternwirtschaft betreiben und ihre Familieninteressen immer im Blick haben.

EIN TYPISCHER TRAPO

Im Amt entpuppte sich Duterte als typischer Trapo. Er hat sich sogar mit dem Clan von Ferdinand Marcos angefreundet, dem Militärdiktator der Jahre 1972 bis 1986. Dutertes Sohn und seine Tochter sind gewählte Amtsträger. Seine Regierung hat er mit Freunden besetzt – darunter pensionierte Militär- und Polizeibeamte aus Davao. Sie vergibt regelmäßig lukrative Aufträge an Geschäftspartner.

Keines von Dutertes großen Versprechen hat sich erfüllt. Im Wahlkampf gelobte er, in drei Monaten die Verbrechen aufzuklären, in sechs Monaten die illegalen Drogen loszuwerden, in kurzer Zeit Bestechung abzuschießen und in wenigen Wochen Reisversorgungskartelle auszurotten.

Dass all das nicht gelang, schadet ihm nicht. Er hetzt seine Anhänger auf, indem er Gegner beschimpft. Soldaten befahl er, weibliche Rebellen in die Genitalien zu schießen, wobei er ein vulgäres Wort benutzte. Er beschrieb detailliert, wie er als junger Mann eine Haushaltshilfe belästigte, und er drohte, seinen Amtsvorgänger Benigno Aquino zu enthaupten.

Wiederholt hat er sogar Anhänger als Dummköpfe bezeichnet, weil sie ihm glaubten. Er gab zu, gelogen zu haben, und spottete: „Das haben Sie geglaubt?“

Der einzige klare Erfolg des Präsidenten ist es, die schon zuvor schwächelnde Demokratie des Landes beschädigt zu haben. Dem US-Vorbild entsprechend hat das politische System eine starke Exekutive unter der Führung des Präsidenten. Als unabhängige Staatsgewalten sollen Justiz und Legislative für Kontrolle und Ausgleich sorgen.



Aufgebracht über außergerichtliche Tötungen: Demonstrant bei einer Anti-Duterte-Kundgebung in Manila im September 2020.

UNBEGRENZTE MACHT

Duterte hat aber Günstlinge an die Gerichte berufen, die Legislative besteht aus gefügigen Verbündeten. Justiz und Gesetzgeber begrenzen die Macht des Staatsoberhauptes nicht wirkungsvoll. Abgeordnete haben Duterte Notstandsbefugnisse gewährt, einen politischen Gegner mit erfundenen Anklagen ins Gefängnis gebracht, einen Richter des Obersten Gerichtshofs wegen einer frei erfundenen Normverletzung abgesetzt und einen Duterte-kritischen Fernsehsender abgeschaltet. Die Massenmedien sind ihm weitgehend treu.

Dennoch kann sich Duterte nicht sicher fühlen. Öffentliche Empörung hat schon zweimal Präsidenten gestürzt, als spontan Massen auf die Straßen gingen:

1986 Ferdinand Marcos und 2001 Joseph Estrada. „People’s power“ könnte sich abermals regen. Bisher erhebt sich zwar keine starke Bewegung gegen Duterte, aber Proteste finden immer wieder statt.

Internet-Trolling hilft Duterte. Social-Media-Aktivismus von hunderten Trollen verwirrt und spaltet die Öffentlichkeit. Sie preisen Duterte als „den Vater“ oder „Retter“ des Landes und attackieren jeden, der widerspricht, als „subversiv“ oder „drogensüchtig“. So entsteht keine ernsthafte Debatte. Der Aktivismus schürt nur Wut und festigt Dutertes autoritäre Stellung.

Auf der Straße fehlt Duterte ähnliche Unterstützung. Anhänger haben seit 2016 mindestens zweimal versucht, Massendemonstrationen in Manila zu veranstalten.

10 Millionen sollten teilnehmen – es kamen aber nur ein paar Tausend.

Die Demokratie ist bedroht. Soziale Medien können die öffentliche Wahrnehmung der Realität manipulieren und Nutzer Fakten bezweifeln lassen. Trolle erwecken den Eindruck von Massenmobilisierung, verhindern zugleich aber die Auseinandersetzung über reale Missstände. Andere Demokratien sollten aufpassen – denn weltweit nutzen Rechtspopulisten das Internet ähnlich wie Duterte und Co.



ALAN C. ROBLES

ist freier Journalist und lebt in Manila.

twitter.com/hotmanila

Zunehmend manipuliertes Forum

Manipulatives Messaging auf sozialen Medien ist hierarchisch und zielt nicht darauf, echte Missstände unter Gleichberechtigten zu diskutieren. Autoritäre Populisten nutzen das systematisch.

Vor knapp einem Jahrzehnt sprachen Beobachter von „Facebook-Revolutionen“ – etwa mit Blick auf den Arabischen Frühling. Damals, 2011, waren soziale Medien neu und erleichterten die Kommunikation unter Gleichberechtigten. Behörden schenkten ihnen keine große Aufmerksamkeit. Auf Facebook geäußerte Unzufriedenheit schürte dann vielerorts Proteste.

Das ist heute anders. Facebook ist zu einem der wichtigsten und billigsten Propaganda-Instrumente autoritärer Akteure geworden. Die Plattform-Algorithmen merken sich, was einen User interessiert und bieten dann immer mehr und immer radikalere Varianten. So verstärkt Facebook

Verschörungstheorien und Desinformation. Das nutzt auf den Philippinen die Duterte-Regierung (siehe auch meinen Aufsatz im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2018/05).

Als Troll zu agieren ist einfach und erfordert nur ein paar Tastendrucke. Trolle erfinden Geschichten, lügen und attackieren nach Belieben. Strafe droht ihnen praktisch nicht, und zusätzlichen Schutz bieten gefälschte Social-Media-Konten. Ein Troll-Netzwerk umfasst in der Regel Zehntausende von Konten, von denen viele nicht echt sind. Manche Trolle sind vermutlich Überzeugungstäter, aber viele werden bezahlt und folgen Anweisungen.

Die Philippinen sind tendenziell smartphonesüchtig. Menschen schauen den ganzen Tag auf ihre Bildschirme, und Facebook ist besonders beliebt. Im Wahlkampf 2016 bot der Konzern Politikern an, sie im Umgang mit der Plattform zu schulen.

In einem klugen Schachzug mobilisierten Duterte-Propagandisten Millionen philippinischer Migrantinnen (overseas Filipino workers – OFWs). Politiker hatten diese zuvor weitgehend ignoriert. OFWs erwiesen sich als Verstärker der Desinformation. Wegen der großen geographischen Reichweite ist jederzeit irgendwo jemand wach, um auf Facebook zu agieren.

Die OFWs leisten aber nicht die ganze Propaganda-Arbeit. Beobachtern zufolge werden viele Troll-Netzwerke von PR- und Werbefirmen, Callcentern und sogar Behörden betrieben. Facebook hat mindestens zweimal diverse Pro-Duterte-Facebookseiten abgeschaltet. Einige davon hatte Hunderttausende von Followern. Das Unternehmen bezichtigte diese Konten des „unauthentischen Verhaltens“. Im Jargon dieses Konzerns heißt das, dass ein nicht erkennlicher Akteur eine Seite inhaltlich prägt. Bisher haben solch sporadische Säuberungen den Troll-Netzwerken kaum geschadet. Facebooks Be-

mühungen, Desinformation zu stoppen, waren meist zahnlos.

Empirische Studien (Bradshaw und Howard, 2017, Ong und Cabanes, 2018) zeigen, dass Troll-Netzwerke gezielt geknüpft und bezahlt werden. Facebook, Twitter, YouTube, Google und sogar Wikipedia lassen sich demnach leicht austricksen. Die Unternehmen sind nicht in der Lage oder willens, im großen Stil organisierte Manipulation einzudämmen, die gleichberechtigter Kommunikation zuwiderläuft, aber mächtigen Interessen dient. ac

LINKS

Bradshaw, S., and Howard, P.N., 2017: *Troops, trolls and troublemakers*. <https://comprop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2017/07/Troops-Trolls-and-Troublemakers.pdf>
Ong, J.C., and Cabanes, J.V.C., 2018: *Architects of networked disinformation*. <http://newtontechfordev.com/wp-content/uploads/2018/02/ARCHITECTS-OF-NETWORKED-DISINFORMATION-FULL-REPORT.pdf>

CHILES VERFASSUNGSREFERENDUM

Aufstand der Massen

Die Chilenen haben mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, die Verfassung aus der Pinochet-Ära von einer direkt vom Volk gewählten Bürgerversammlung überarbeiten zu lassen. Nun beginnt die harte Arbeit.

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Unter den faszinierten Blicken der Welt sind in der Nacht zum 25. Oktober Tausende jubelnder Chilenen auf die Straßen geströmt, um die erdrutschartige Abstimmung für eine Neufassung ihrer Verfassung zu feiern.

Die Chilenen stimmten mit großer Mehrheit für die Überarbeitung der unter der Diktatur Augusto Pinochet (1973 bis 1990) verabschiedeten Verfassung, in der marktwirtschaftliche Prinzipien verankert sind. Zugleich votierten sie dafür, dass eine direkt vom Volk gewählte Bürgerversammlung die Überarbeitung übernimmt – ohne Beteiligung etablierter Politiker.

Das überwältigende Votum für die Reform zielt auf eine Verfassung ab, bei der es mehr um soziale Gleichheit als um freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb geht. Der Sieg der Reformer war beeindruckend – umso mehr, als er während der Covid-19-Krise stattfand, die Gesundheit, Finanzen und allgemeines Wohlbefinden der Chilenen stark geschädigt hat.

Wie und warum es in Chile, einem der stabilsten Länder der Region, dazu kam, offenbart eine Betrachtung der Ereignisse von vor einem Jahr, vor allem des 18. Oktobers 2019. An diesem Tag gingen, nach mehrtägigen Protesten von Oberschülern gegen eine Erhöhung der U-Bahn-Preise in Santiago, Tausende von Menschen auf die Straße, um gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und den fehlenden Schutz der Schwachen zu protestieren.

Der spontane Aufstand nahm zum Teil gewaltsame Züge an. Es gab Zusammenstöße mit der Polizei und Plünderungen, 20 U-Bahn-Stationen wurden niedergebrannt. Die geballte Wut, die sich in den Protesten ausdrückte, überraschte viele – dabei gab es seit Jahrzehnten Anzeichen für den wachsenden Unmut.

Seit 2006 gab es in Chile immer wieder Aufstände. Studenten, Rentner, Frauen und Umweltschützer protestierten gegen die enorme Ungleichheit. Weitere Proteste richteten sich gegen illegale Finanzierung politischer Kampagnen und gegen Firmenabsprachen, um die Preise für Medikamente, Lebensmittel und sogar Papier zu manipulieren.

Derweil geriet die chilenische Polizei wegen Gewaltexzessen, insbesondere gegen die indigene Gruppe der Mapuche, in die



Kritik. Als im November 2018 die Polizei den jungen Bauern und Mapuche Camilo Catrillanca erschoss, kam es zu Demonstrationen.

Angesichts dieser Ereignisse war die Fahrpreiserhöhung in Santiago für viele Chilenen der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es ging um 30 chilenische Pesos pro Ticket, umgerechnet etwa drei Eurocent. Doch diese drei Cent – auferlegt von einer politischen Klasse, der die Armen dem Anschein nach egal sind – waren explosiv.

VEREINT, ABER VIELSEITIG

Interessanterweise gab es bei dem Aufstand im Oktober 2019 keine spezifischen Forderungen und keinen Wortführer. Der Protest war weitgehend unorganisiert; er bezog seine Wucht direkt aus dem Volk, nicht aus einer politischen Partei. Laut Emmanuelle Barozet, Soziologin am Zentrum für Konflikt und sozialen Zusammenhalt der Universität von Chile, ist der Aufstand „wie andere Bewegungen auf der Welt eine vielseitige Bewegung. Spricht man mit den Demonstranten, erfährt man eher, gegen wen sie sind, als was sie wirklich wollen.“

Dennoch weitete sich die Reformbewegung auf ganz Chile aus, innerhalb weniger Monate kam es in 15 Städten zu Protesten. Die Demonstranten drückten überall ähnliche Bedenken aus und riefen Slogans wie „Chile ist erwacht“, „die Menschen fordern Würde“ und „es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre“ – und stellten damit die Preiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr in den Kontext von 30 Jahren Sparpolitik.

Die Demonstranten teilten auch den Unmut über Menschenrechtsverletzungen. Während dieses Jahres voller Unruhen



Trotz der Pandemie sind die Menschen wählen gegangen.



Zwei junge Frauen protestieren im November 2019 gegen Polizeigewalt in Santiago.

starben laut Staatsanwaltschaft mehr als 30 Menschen, Chiles Institut für Menschenrechte hat seit dem 18. Oktober 2019 mehr als 3000 Menschenrechtsverletzungen registriert. Etwa 163 Menschen erlitten Augenverletzungen, als die Polizei mit Gummigeschossen auf sie schoss – 32 verloren so ihr Augenlicht.

Repressives Auftreten der Polizei konnte die Proteste nicht mindern. Vielmehr mobilisierten sie die Opposition gegen Präsident Sebastián Piñera, einen konservativen Geschäftsmann, und die gesamte politische Klasse. Der Ruf nach dem Rücktritt des Präsidenten wurde für die Exekutive immer bedrohlicher. Als sich die Militärführung weigerte, Truppen zur Unterdrückung von Demonstrationen zu entsenden, schwächte dies Piñeras Position weiter.

Am 15. November 2019 schlugen Vertreter verschiedener Fraktionen nach anhaltenden Protesten vor, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Per Volksabstimmung sollte ermittelt werden, ob die Chilenen eine neue Verfassung wünschten und falls ja, wer diese erarbeiten soll.

Dem Präsidenten ersparte das zunächst weitere Rücktrittsforderungen, zugleich musste er die Verfassung – das wichtigste Vermächtnis des Pinochet-Regimes – aufs Spiel setzen. Die Verfassung wurde 1980 von einer für Menschenrechtsverletzungen berüchtigten Regierung verabschiedet; sie favorisiert eindeutig den Wettbewerb. So garantiert sie etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Bildung zwar das Recht, zwischen konkurrierenden Anbietern zu wählen, aber nicht den Zugang zu diesen Dienstleistungen. Auch den Wassersektor kennzeichnet eine übermäßige Abhängigkeit vom Markt

(siehe Katie Cashman im E+Z/D+C e-Paper 2020/06, Schwerpunkt).

Die geltende Verfassung erfordert ein besonderes, qualifiziertes Quorum für Änderungen. Das macht es praktisch unmöglich, sie per Gesetz zu ändern. Über die Jahre blieb das Dokument in aufeinanderfolgenden sozialchristlichen, sozialistischen und konservativen Regierungen unverändert. Das demokratische Chile verabschiedete sich 1990 zwar von Pinochet, behielt aber seine institutionelle Gestaltung und sein Gesellschaftsmodell bei.

Einige Mitglieder der vielfältigen Protestbewegung reagierten zunächst misstrauisch auf den Vorschlag einer Verfassungsreform. Letztlich aber erkannten sie darin eine Chance, und die Mehrheit stimmte dem Vorgehen zu. Als das Referendum näher rückte, waren sich fast alle einig, dass eine öffentliche Abstimmung erfolgen soll.

DEMOKRATIE INMITTEN EINER PANDEMIE

Kaum jemand hatte jedoch vorausgesehen, welchen Schaden Covid-19 in Chile anrichten würde. Wegen Quarantäne, Ansteckungsgefahr und Arbeitslosigkeit musste das Referendum von April 2020 auf Oktober vertagt werden. Es gab Tausende Tote; es bestand die Gefahr, dass der Prozess ausgebremst und die Fortschritte untergraben würden.

Vor diesem Hintergrund wurde die Durchführung des Referendums zur Bewährungsprobe: Würden die Chilenen sich weiterhin einer herausfordernden Sozialreform stellen, oder konzentrierten sie sich darauf, die Covid-19-Krise zu überstehen?

Sie wollten die Reform. Mehr als 7,5 Millionen Chilenen – die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung und fast eine

Million mehr als bei den letzten Präsidentschaftswahlen – stimmten am 25. Oktober ab: mit einer 78-Prozent-Mehrheit für eine neue Verfassung und mit einer 79-Prozent-Mehrheit dafür, diese von direkt gewählten Bürgern ohne Beteiligung von Parlamentsabgeordneten verfassen zu lassen.

Zum Feiern dieses Erfolges blieb wenig Zeit. Unmittelbar im Anschluss begannen die Debatten über die Zusammensetzung der Gruppe, die die Verfassung neu aufsetzen soll. Manch Kommentator befürchtete, diese Bürgerversammlung könne zu einem Machtzentrum werden, das die Autorität des Parlaments in Frage stellt.

Andere, wie der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft, Mario Aguilar Arévalo, befürchteten, die Gruppe könne unter den Einfluss politischer Parteien geraten und so ihre Legitimität verlieren. „Es ist wichtig, den Druck für Reformen aufrechtzuerhalten“, so Arévalo.

Eine wichtige Vereinbarung besteht darin, die Bürgerversammlung geschlechtergerecht – mit 50 Prozent Frauen – zusammenzustellen. Auch Mindestquoten für Indigene sind im Gespräch sowie die Repräsentanz von unabhängigen Parteiloosen. Laut Paulina Astroza, Rechtsanwältin und Mitglied eines Netzwerks unabhängiger Wähler, wird deren Teilnahme dazu beitragen, dass die Wählerwünsche im Mittelpunkt stehen. „Wenn wir eine Verfassung wollen, die widerspiegelt, was gesellschaftlich gefordert wird, müssen die Unabhängigen einbezogen werden“, sagt sie.

Trotz ihres großen Sieges wartet viel Arbeit auf die Reformer. Nächster Schritt ist ein für April 2021 angesetztes Referendum, um die Mitglieder der Bürgerversammlung zu wählen. Diese haben dann ein Jahr Zeit, um einen Verfassungsentwurf vorzulegen. Im August 2022 stimmen die Chilenen in einem weiteren Referendum darüber ab, ob sie mit dem Entwurf einverstanden sind.

Während die Proteste nachlassen, sind die Straßen voller Bürger mit Masken und Desinfektionsmitteln anstelle von Plakaten. Corona hat die unmittelbaren Herausforderungen verändert. Doch die Entschlossenheit ist geblieben.



JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA ist Journalist und lebt in Concepción. cisternafigueroa@gmail.com



Indigenen-Organisationen können in Bolivien viele Menschen mobilisieren: Hier ein Protest gegen den Bau einer Straße durch ein Naturreservat im Amazonasgebiet, 2011 in La Paz.

IDENTITÄTEN

Wer Bolivien bewegt

Gewerkschaftliche, indigene und regionale Identitäten haben in Bolivien über Jahrzehnte die Entwicklung sozialer Bewegungen und Organisationen geprägt. Ihr Einfluss ist groß, ihr Verhältnis zur politischen Macht ambivalent.

Von Ulrich Goedeking

„Unsere Aufgabe wird es sein, ihn gemeinsam mit den sozialen Bewegungen zu unterstützen“, twitterte Evo Morales am 2. November aus dem argentinischen Exil. Gemeint war sein Parteifreund und Ex-Wirtschaftsminister Luis Arce Catacora, der gerade mit deutlicher Mehrheit zum Präsidenten Boliviens gewählt worden war. Dieser könnte die Worte seines Vorgängers und politischen Ziehvaters allerdings auch als Drohung auffassen. Denn mit „den sozialen Bewegungen“ meint Morales zweifellos diejenigen Organisationen, die ihm, dem historischen Führer der „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS), treu ergeben sind. In-

zwischen ist Luis Arce im Amt und Morales nach Bolivien zurückgekehrt.

Soziale Bewegungen und Organisationen stehen seit der Amtszeit von Morales in einem ambivalenten Verhältnis zur politischen Macht. Er wurde 2006 Präsident und musste im Oktober 2019 nach massiven Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl, bei der er sich um eine vierte Amtszeit bewarb, zurücktreten und das Land verlassen. Unter Morales diente der Bezug auf die sozialen Bewegungen zur Legitimation von Politik jenseits der Parlamente. Viele soziale Akteure verstanden sich als Teil eines Projektes, die bolivianische Gesellschaft von Grund auf zu verändern. Sie wurden vielfach einbezogen, beispielsweise 2007 in der Verfassungsgebenden Versammlung. Gleichzeitig bestand eine hierarchische Beziehung: Autorität und Führungsrolle des „Compañero“ Evo durften nicht infrage gestellt werden.

Drei identitätsstiftende Elemente haben in Bolivien über Jahrzehnte die

Entwicklung sozialer Bewegungen und Organisationen geprägt: zum einen klassenorientierte, gewerkschaftliche Identitäten, zum Zweiten ethnisch-kulturell begründete, indigene Identitäten und schließlich regionale Identitäten. Bewegungen und soziale Organisationen sind dabei oft ebenso wenig eindeutig zu verorten wie Individuen.

KLASSENKAMPF UND KOKA-ANBAU

Lange waren die organisierten Bergarbeiter die Speerspitze sozialer Proteste gegen die Regierenden. In den großen Bergwerken, die seit der Revolution 1952 verstaatlicht waren, entwickelten die „Mineros“ und auch ihre Frauen eine ausgeprägte Identität als Arbeiterklasse. Kampfbereitschaft auch mit Waffen war dabei nicht rhetorische Floskel, sondern historische Erfahrung, standen sie doch im Widerstand gegen die Diktaturen der 1970er und frühen 1980er Jahre oft in der ersten Reihe.

Ab 1985 wurden die inzwischen unrentablen Bergwerke geschlossen oder privatisiert. Viele jetzt Arbeitslose aus den Minenorten migrierten in die Tieflandprovinz Chapare nördlich der Großstadt Cochabamba, um im Anbau von Koka ein Auskommen zu finden. Führer der organisierten Kokabauern war Evo Morales.



Auch im Chapare war Kampferfahrung gefragt. Die Regierungen der 1990er Jahre arbeiteten eng mit den USA zusammen und setzten, unterstützt von US-„Beratern“, deren Antidrogenpolitik um. Der Chapare war immer wieder Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen. Diese permanente Konfliktsituation verstärkte autoritäre und hierarchische Muster. Die Identität war dabei eine gewerkschaftliche. Die Neuinszenierung von Evo Morales als „Indigener“ kam erst viel später, als dieser auf dem Weg nach La Paz ins Präsidentenamt war. Im Spektrum der MAS-affinen sozialen Organisationen haben die Kokabauern bis heute eine besondere Rolle; der als zukünftiger Spitzenmann des MAS gehandelte 32-jährige Andrés Rodríguez kommt aus ihren Reihen.

INDIGENES SELBSTBEWUSSTSEIN

Seit den 1990er Jahren hat in Bolivien die Bedeutung kulturell-ethnisch begründeter Identitäten zugenommen. Eine wichtige Arena für die Auseinandersetzung um dieses Selbstverständnis war die 1979 gegründete Bauergewerkschaft CSUTCB. Diese ist zwar als „gewerkschaftliche Konföderation bäuerlicher Arbeiter“ in ihrer Bezeichnung dem klassenorientierten Denken verhaftet, versteht sich aber auch ausdrücklich als Vertretung der Indigenen.

1989 verabschiedete die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) die Konvention 169 über die Rechte und den Schutz indigener Völker. Sie stellt bis heute den zentralen politischen Bezugsrahmen dar. Soziale Akteure, die indigene Identität in den Mittelpunkt stellen, bekamen damit internationalen Rückenwind. Er schlägt sich seitdem auch finanziell in einer Vielzahl von Projekten und Förderprogrammen nieder.

1993 wurde der Intellektuelle Víctor Hugo Cárdenas vom Volk der Aymara

Vizepräsident. Die Aymara Remedios Loza war im Radio in La Paz ein Star und ging als Abgeordnete in die Politik. Sie stand symbolisch gleichermaßen als Indigene und als politisch einflussreiche Frau für eine neue gesellschaftliche Realität. Eine Entwicklung der politischen Emanzipation des nichtweißen Boliviens nahm ihren Lauf. Die Wahl von Evo Morales 2005 zum Präsidenten stellte einen weiteren Schritt dieser Entwicklung dar, war aber nicht ihr Ausgangspunkt.

Es entstanden Organisationen, die sich auf eine – gelegentlich idealisierte – vorkoloniale Vergangenheit berufen. Dies gilt zum Beispiel für die 1997 gegründete CONAMAQ, einen Verband von Dorfgemeinschaften im Hochland im Westen Boliviens, der in Abgrenzung von den „Invasoren“ sowohl im kolonialen Regime als auch in der unabhängigen Republik Selbstbestimmung und Land für die indigenen Gemeinschaften zurückfordert.

Im Tiefland vertrat schon seit 1982 der Dachverband CIDOB die Interessen von mehr als 30 indigenen Völkern des bolivianischen Ostens. Realitäten und Forderungen sind andere als im Hochland. Im Tiefland handelt es sich um zahlenmäßig kleine indigene Völker. Für sie ist geschütztes Territorium besonders wichtig, in dem sie ihren kulturellen Werten entsprechend leben können. Angesichts der jahrzehntelangen massiven Migration von Aymaras und Quechus aus dem Hochland ins Tiefland ist das Verhältnis zwischen diesen und den Tiefland-Indigenen konfliktbeladen.

CONAMAQ und CIDOB gehörten lange zu einem Bündnis indigener Organisationen, die Evo Morales unterstützten. 2011 jedoch kam es zum Bruch. Die Regierung wollte eine Straße durch ein indigenes Territorium bauen. Beide Organisationen solidarisierten sich mit den Betroffenen. In der Folgezeit betrieb die Regierung die Spaltung und Schwächung von CONAMAQ und CIDOB. Der MAS duldete kein Ausscheren aus dem Lager unter seiner Führung.

REGIONALE IDENTITÄT

Regionale Identitäten spielen in erster Linie im östlichen Tiefland mit Santa Cruz de la Sierra, der größten und wirtschaftlich bedeutendsten Stadt des Landes, eine Rolle. Ein Akteur wie das „Comité pro Santa Cruz“ erscheint üblicherweise nicht in der Betrachtung von sozialen Bewegungen. Dort

ist die lokale Elite versammelt, die wirtschaftliche und politische Interessen verhandelt. Politische Karrieren nehmen hier ihren Anfang, so auch die von Luis Fernando Camacho, dem Rechtsaußen unter den aussichtsreichen Kandidaten bei der Wahl am 18. Oktober 2020. Er gewann in Santa Cruz mit 45 Prozent, in La Paz landete er gerade einmal bei 0,72 Prozent.

Vereinigungen wie das „Comité“ sind keineswegs reine Kungelrunden der Oberschicht, sie verfügen über hohes Mobilisierungspotenzial. Viele Einwohner von Santa Cruz fühlen sich in der nationalen Politik ebenso wie in Boliviens Bild nach außen nicht angemessen vertreten. Auch darin liegt ein – wenn auch politisch ganz anders gelagertes – Bewegungspotenzial. Evo Morales und sein Vizepräsident García Linera schlossen deshalb mit dem Unternehmerlager aus Santa Cruz einen Deal: Letztere verzichteten darauf, zu mobilisieren und die Regierung zu blockieren. Dafür ließen die Machthaber in La Paz sie in Ruhe ihre Geschäfte weiterführen und sorgten für Stabilität. Es gab keine Enteignungen und keinen Klassenkampf in Santa Cruz.

Mit dem MAS kehrt nach einem Jahr die Partei an die Macht zurück, die 14 Jahre lang soziale Organisationen und Bewegungen einband, diskursiv stärkte, aber eben auch dominierte. Wahrscheinlich wird Präsident Arce nicht bruchlos daran anknüpfen können. Ihm fehlen das Charisma und die Autorität von Evo Morales. Überdies ist dessen zukünftige Rolle noch unklar.

Es ist eine gute Nachricht, dass die bolivianische Gesellschaft keine Voraussetzungen dafür bietet, eine über Jahrzehnte stabile Hegemonie mit Kooptation aller relevanten sozialen Akteure aufzubauen. Das hatte schon die Partei der Revolution von 1952, der MNR, ohne Erfolg versucht. Das Spektrum sozialer Organisationen ist extrem fragmentiert entlang der beschriebenen Identitäten und der von Ort zu Ort sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Eine derartige historisch gewachsene Bewegungskultur macht politische Prozesse gelegentlich mühsam. Aber sicher ist: Es gibt keinen Stillstand. Bolivien wird bewegt.



ULRICH GOEDEKING
ist Soziologe und
entwicklungspolitischer
Berater.
goedeking@gmx.net



Trauer Gäste bei der Beerdigung eines von der Polizei erschlagenen jungen Mannes in Minsk am 20. November.

so etwas nicht zu organisieren. Allerdings könne Unterstützung aus dem Ausland helfen – Solidaritätskampagnen, Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte oder die diplomatische Isolation eines autoritären Regimes. Abermals ist der Vergleich mit gewalttätigen Bewegungen aufschlussreich. Den Autorinnen zufolge haben sie nur selten ohne aufwändige ausländische Unterstützung Erfolg – Unterstützung, die sowohl in Bezug auf Geld und politische Legitimität dann auch viel teurer sei.

Chenoweth und Stefan behaupten nicht, gewaltfreier Widerstand habe immer Erfolg. Sie betonen nur, dass die Erfolgsaussichten besser sind – und zwar auch langfristig. Das jeweilige Land sei mit größerer Wahrscheinlichkeit zehn Jahre später eine Demokratie. Wo kein Bürgerkrieg stattfindet, sei später Abgleiten, aber kein Rückfall ins Blutvergießen möglich.

Kurz vor Drucklegung begann der Arabische Frühling, auf den ein kurzer Epilog im Buch eingeht. Die Autorinnen schätzten seinerzeit, Ägypten hätte eine 30-prozentige Chance, wenn die dortige Protestbewegung weiter dem Vorbild anderer erfolgreicher gewaltfreier Aufstände (etwa in den Philippinen 1986 oder der DDR 1989) folge. Dieser Wert sei vielleicht nicht sonderlich inspirierend, schrieben sie, wäre aber „viel näher bei null“, hätten die Protestierenden Gewalt angewandt – oder sich gar nicht entschlossen, auf die Straße zu gehen.

Chenoweth ist heute Professorin an der Harvard University in Boston, und Stephan leitet ein Programm am US Institute of Peace in Washington. Als „public intellectuals“ zeigen beide großes Interesse am Schicksal ihrer eigenen Nation, den USA, wo Präsident Donald Trump schon vor Jahren begann, die Legitimität von Wahlen zu unterhöhlen. Die Twitter-Feeds der beiden Kolleginnen (@EricaChenoweth und @MariaJStephan) geben einen guten Einblick in die Aktivitäten, mit der Graswurzelorganisationen auf diese Bedrohung reagieren und so dazu beitragen, dass Wahlsieger Joe Biden auch wirklich Präsident wird.

BUCH

Chenoweth, E., und Stephan, M.J., 2011: Why civil resistance works – The strategic logic of nonviolent conflict. New York, Columbia University Press.

BUCHREZENSION

Wichtiger als Gewehre

Gewaltfreier Protest ist für die belarussische Opposition strategisch richtig. Ein Buch von zwei Politikwissenschaftlerinnen erklärt die Gründe.

Von Hans Dembowski

Alexander Lukaschenko regiert Belarus auf zunehmend autoritäre Weise seit 1994. Er behauptet, die Präsidentschaftswahl im August mit 80 Prozent Zustimmung gewonnen zu haben, aber die Opposition spricht von Betrug. Sie organisiert Sonntag für Sonntag Großdemonstrationen, deren schiere Größe zeigt, dass Lukaschenkos Behauptungen nicht stimmen können. Sicherheitskräfte haben immer wieder versucht, den Widerstand mit Gewalt zu brechen, haben die Protestierenden aber weder eingeschüchtert noch zu Gegengewalt provoziert.

Der Erfolg der Demokratiebewegung ist nicht garantiert – und die Auseinandersetzung kann lange dauern. Die gewaltfreie Strategie ist aber aus Sicht von zwei Politikwissenschaftlerinnen richtig: 2011 erläuterten Erica Chenoweth und Mary J. Stephan in „Why civil resistance works“, weshalb ziviler Ungehorsam eine doppelt so hohe Erfolgchance hat wie gewaltsamer Widerstand. Sie stützten sich dabei auf einen Datensatz von rund 250 Aufständen weltweit im 20. Jahrhundert.

Wesentlich ist aus Sicht der Autorinnen, dass Gewaltfreiheit breitere Unterstützung mit höherer Diversität gewinnt. Es erfordert selbstverständlich Mut, einem repressiven Regime friedlich entgegenzutreten, aber meist wirke gewalttätiges Vorgehen noch furchterregender. Zudem fänden die Anliegen gewaltfreier Akteure oft Anklang bei vielen Menschen. Weder rigide Organisation noch strikte Weltbilder seien nötig. Die Aufmerksamkeit bleibe auf die Ziele gerichtet, ohne von ethischen Bedenken beeinträchtigt zu werden. Vorwürfe des Terrorismus blieben meist wenig überzeugend.

Laut Chenoweth und Stephan kann staatliche Repression militante Akteure relativ leicht unterdrücken. Das erweist sich bei zivilem Ungehorsam oft als Bumerang, wenn immer mehr Menschen das Vorgehen der Sicherheitskräfte für ungerechtfertigt und überzogen halten. Auch innerhalb von Polizei und Militär wüchsen dann Zweifel. Dagegen festigten gewalttätige Rebellen den Zusammenhalt von Sicherheitskräften und Regierung. Eine Bewegung müsse für ihren Erfolg aber die Regierung von ihren Unterstützern abspalten.

Dem Buch zufolge beruhen gewaltfreie Bewegungen typischerweise darauf, dass Menschen vor Ort weitverbreiteten Ärger artikulieren. Aus dem Ausland sei

Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf www.dandc.eu ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



30. NOVEMBER 2020

Covid-19-Sorgen unerschwinglich

Indiens arme Menschen sind erleichtert, dass sie nach fünf Monaten Lockdown wieder Geld verdienen können. Die Infektionsgefahr bleibt furchterregend, aber der Absturz in noch tiefere Armut ist bedrohlicher. Für viele Menschen dürfen Gesundheitsvorsorge ihren Arbeitseinsatz auf keine Weise beeinträchtigen lassen.

Von Roli Mahajan

Radha ist ein zwölf Jahre altes Mädchen. Sie hilft ihrem Vater in einem kleinen informellen Tee-Stand in einem Vorort von Kolkata: zwei Hocker und eine Kochecke unter einer schwarzen Plastikplane, die an einem Stock und dem Zaun eines Bürokomplexes hängt. Vater Vishvajeet nahm den Betrieb nach fünf Monaten Lockdown wieder auf, merkte dann aber schnell, dass die Stammkunden – junge Angestellte aus nahegelegenen Büros – weiterhin zu Hause arbeiten.

Er verdient knapp 2000 Rupien im Monat – weniger als ein Drittel der Einnahmen vor der Pandemie. Er ist aber froh, dass der Lockdown vorbei ist und nur noch ein paar Einschränkungen gelten – die Maskenpflicht zum Beispiel. Im Lockdown war er auf Ersparnisse angewiesen, die aber nach zwei Monaten weitgehend aufgezehrt waren.

Radhas Mutter Sudha konnte derweil kaum Geld verdienen. Sie arbeitet norma-

lerweise als Haushaltshilfe für wohlhabende Familien in Kolkata. Ihr wurde aber gesagt, sie solle nicht mehr kommen, denn sie könnte ja infiziert sein. Einige Auftraggeber bezahlten sie weiter, aber viele taten es nicht. Mittlerweile nehmen ein paar Kunden ihre Dienste wieder in Anspruch.

Allerdings sind viele der Wohnungen, in denen sie früher arbeitete, jetzt menschenleer und verriegelt. Die jungen Mieter sind zu ihren Familien heimgekehrt und dürften erst zurückkommen, wenn Hochschulen und Büros wieder Normalbetrieb haben.

Das kann noch dauern. Viele Schulen und Colleges sind zum Online-Unterricht übergegangen. Die wachsende Bedeutung des Internets grenzt Familien wie Radhas zusätzlich aus, denn sie sind digital nun mal schlechter ausgestattet als Mittelschichtangehörige. Radhas Eltern konnten auch das Geld für die kleine Privatschule, die sie besucht, nicht weiter bezahlen. Wie viele benachteiligte Inder trauen sie staatlichen Schulen nicht zu, den Nachwuchs ordentlich auszubilden (siehe hierzu meinen Beitrag im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2019/05). Wann Radha wieder unterrichtet wird, ist offen.

Die Angst vor Corona ist weniger schlimm als die, kein Geld zu verdienen. „Wie lange können wir sie uns leisten?“,



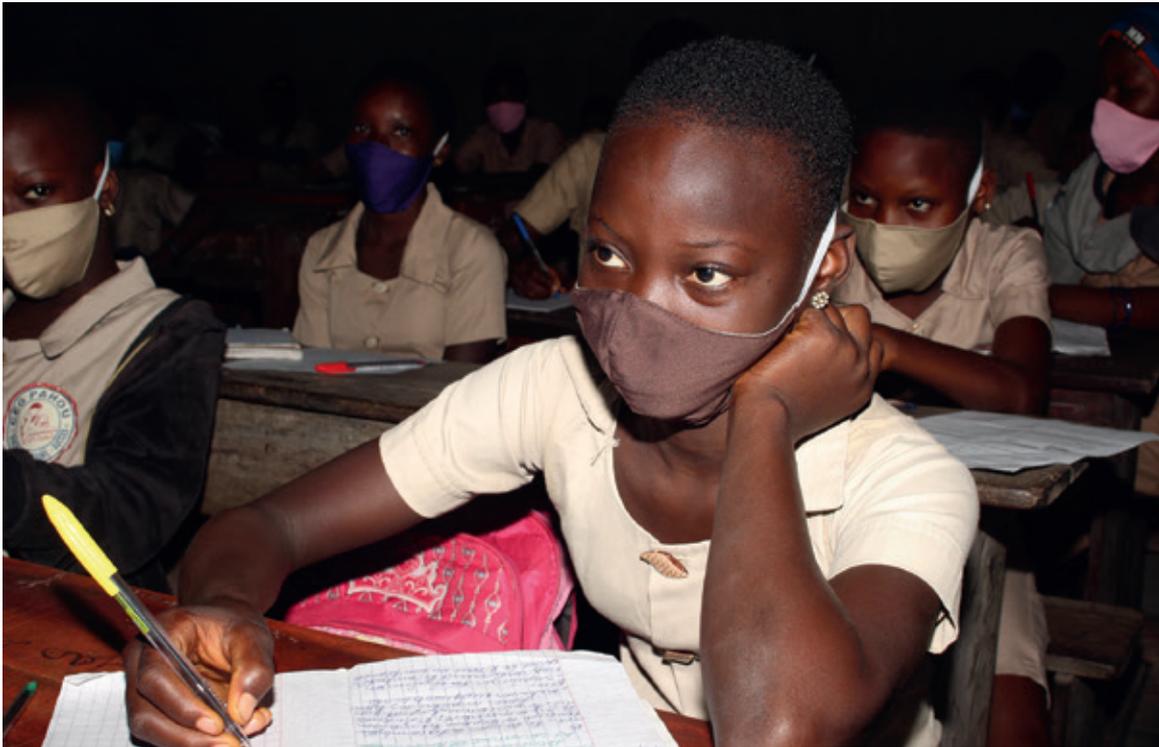
fragt Sudha. Viele ihrer Nachbarn bekämen Fieber, aber – egal, was geschehe – Geld brauchten alle. In ihren Augen bekommt Covid-19 nur, „wer es sich leisten kann“. Richtig ist, dass Krankheiten armer Menschen fast nie professionell diagnostiziert werden, sodass „Fieber“ als Todesursache gilt. Nur Wohlhabende erfahren, ob ihre Angehörigen an Malaria, Covid-19 oder einer anderen Krankheit leiden.

Die indische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dieses Jahr um 10,3 Prozent schrumpfen. Die Ökonomen vom CMIE (Centre for Monitoring the Indian Economy) schätzen, dass von Mai bis August allein 6,6 Millionen hochqualifizierte Bürojobs gestrichen wurden. Besonders hart trifft die Krise aber alle die, die von informeller Arbeit abhängen.



ROLI MAHAJAN
ist eine freie Journalisten. Sie lebt in Delhi und Kolkata.

roli.mahajan@gmail.com



Schülerinnen in Cotonou im Mai 2020.

24. NOVEMBER 2020

Schon ohne Pandemie überlastet

Anfang Oktober mahnte Benins Gesundheitsminister Benjamin Hounkpatin die Bevölkerung im Fernsehen eindringlich weiter zur Vorsicht wegen Covid-19. Der Appell war begründet. Viele Menschen sind die Schutzmaßnahmen leid.

Von Karim Okanla

„Manche glauben, das Virus sei verschwunden, weil die Zahl der Todesfälle niedrig ist“, sagte Hounkpatin. Das sei fatal. Einige pflichten ihm bei. Laut Philosophielehrer Jean-Benoît Akpovi nehmen zu viele die Infektionsgefahr nicht mehr ernst: „Ich beobachte eine eklatante Missachtung von Vorsichtsmaßnahmen. Die meisten Leute tragen keine Masken mehr. Einige waschen sich nicht mal mehr die Hände vorm Essen.“ Er präzisiert: „Ich spreche von Beamten.“

Auch der Jurastudent Hubert Gnonlonfoun von der Universität Abomey-Calavi beklagt verbreitete Ignoranz. „Gewohnheiten lassen sich schwer ablegen“, sagt er. „Ich

sehe Leute Hände schütteln, als wäre das Virus besiegt.“ Ihn beunruhigen die steigenden Fallzahlen. Tatsächlich sitzen Leute in Bars, Pubs und Restaurants, wo Bier in Strömen fließt und Afro-Pop dröhnt, dicht zusammen. Sie reißen Witze, lachen laut und klopfen sich auf den Rücken. In ihrer Freizeit wollen die Menschen wohl Spaß, ohne über Gesundheitsrisiken nachzudenken.

An Arbeitsplätzen und in Schulen werden Auflagen dagegen meist eingehalten, Abstandsregeln befolgt und Gesichtsmasken getragen. Benins öffentlicher Sender ORTB strahlt regelmäßig nützliche Spots aus, die vor Achtlosigkeit und unverantwortlichem Verhalten warnen.

Im März registrierte Benin die erste offizielle Covid-19-Infektion. Die Politik reagierte schnell mit einem ersten, partiellen Lockdown in den Ballungsräumen für einige Tage. Einige Straßenverkehrsverbindungen wurden eingeschränkt, die Landesgrenzen – und auch der internationale Flugverkehr – teilweise geschlossen. Schulen und Universitäten

setzten den Lehrbetrieb aus, öffneten aber später mit neuen Sicherheitsregeln wieder.

Bis zum 22. November registrierte Benin über 2900 Covid-19 Fälle und 43 mit der Krankheit in Verbindung stehende Todesfälle. In einem Land mit über 12 Millionen Einwohnern finden viele, die Zahlen rechnetfertigten keine harten Einschnitte. „Warum Panik machen?“, fragt ein junger Mann. „Wir müssen weiterleben.“ Das unsichtbare Virus dürfe das Land nicht im Griff haben.

Tatsächlich passen die Präventionsmaßnahmen kaum zu Benins Kultur. Menschen sind gewohnt, sich bei jedem Treffen die Hände zu halten und viel zu umarmen. Das Gesundheitswesen ist aber schwach und selbst in guten Zeiten überlastet. Zum Glück verläuft die Pandemie hier vergleichsweise mild. Ein Vorteil ist sicherlich, dass die Bevölkerung im Schnitt sehr jung ist – die Hälfte ist jünger als 19 Jahre alt. Doch wo es nur wenig Ärzte gibt, bleibt Heilung oft illusorisch. Deshalb ist Vorbeugen wichtig – und die Warnung des Gesundheitsministers bleibt sinnvoll.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.

karimokanla@yahoo.com

22. NOVEMBER 2020

Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt

Covid-19 ist eine Zoonose – eine Infektionskrankheit, die vom Tier auf den Menschen und umgekehrt übertragen werden kann. Schon vor der Corona-Pandemie entwickelten Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der UN-Ernährungsorganisation (FAO) und der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) einen ganzheitlichen Lösungsansatz zur Bekämpfung von Zoonosen, genannt One Health. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt diese Strategie und hat in einem Papier zusammengefasst, wie.

Von Sabine Balk

Zwei Drittel aller menschlicher Krankheiten sind zoonotischen Ursprungs, neben Covid-19 sind das etwa Ebola, SARS oder MERS. Dies zeigt, dass die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zusammenhängt. Experten befürchten, dass Zoonosen künftig zunehmen und häufig das Potenzial für Pandemien haben werden. Dem versuchen sie mit der One-Health-Strategie zu begegnen.

Diese geht weit über die reine Prävention von Infektionskrankheiten hinaus und will das Problem bei der Wurzel packen und die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt weltweit verbessern sowie nachhaltige Entwicklung fördern. Dazu konzipieren die One-Health-Akteure sektorübergreifende Maßnahmen, die gezielt Krisen vorbeugen und die Resilienz stärken.

Die KfW Entwicklungsbank trägt nach eigenen Angaben zu dem Ansatz bei, indem ihre Maßnahmen darauf abzielen:

- die globale Gesundheit und Gesundheitssicherheit nachhaltig zu verbessern und medizinische und soziale Ungleichheiten weltweit abzubauen,
- die negativen Folgen des Klimawandels und der Erderhitzung auf die Gesundheit zu begrenzen,
- Biodiversität zu erhalten und natürliche Lebensgrundlagen (Boden, Wald, Wasser) zu bewahren,

- nachhaltige und gesunde Ernährung der Menschen zu gewährleisten,
- Trinkwasser- und Sanitärversorgung für alle zu ermöglichen und so Krankheiten vorzubeugen und
- globale Partnerschaften und One-Health-Netzwerke zu stärken, die Human-, Tier- und Umweltgesundheit verbinden.

Ein Projektbeispiel gibt es in Vietnam, wo die KfW in Zusammenarbeit mit dem WWF Maßnahmen zum Erhalt des Ökosystems „Zentralannamiten“ fördert. Ein großes Problem dort ist Wilderei. Der Konsum von tierischen Produkten (Fleisch, Medizin, Souvenirs) aus der Wildnis ist besonders unter der städtischen Bevölkerung weit verbreitet. So werden illegal erlegte Wildtiere an Marktständen, in Geschäften und Restaurants verkauft. Dies birgt ein hohes Risiko, dass Krankheiten von Wildtieren auf Menschen überspringen.

Das von der KfW geförderte Projekt zielt darauf ab, mehr Wildhüter einzustellen, die verstärkt in den Schutzgebieten patrouillieren und Wildtierfallen aufspüren. Durch die

zusätzlichen Kontrollen konnte die Wilderei bereits signifikant eingedämmt werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Entwicklung von Impfstoffen, Diagnostika und Medikamente gegen neue (zoonotische) Erreger. Die KfW unterstützt deren Entwicklung und Markteinführung über verschiedene Finanzierungsmechanismen, zum Beispiel über den Gesundheitsfonds GHIF und Adjuvant GHTF oder Produktentwicklungspartnerschaften.

Auch die Verbesserung von sicherer Trinkwasser- und Sanitärversorgung in der Demokratischen Republik Kongo betrachtet die KfW als Teil der One-Health-Strategie. Dort finanziert sie Maßnahmen, wie die Errichtung von Zapfstellen und Basissanitäranlagen in öffentlichen Gebäuden, um die Versorgung für die Bewohner der Mittelstädte zu verbessern.

LINK

KfW, 2020: One Health: Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt bilden eine Einheit – und beeinflussen nachhaltige Entwicklung.
https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2020_Nr.11_One-Health_DE.pdf



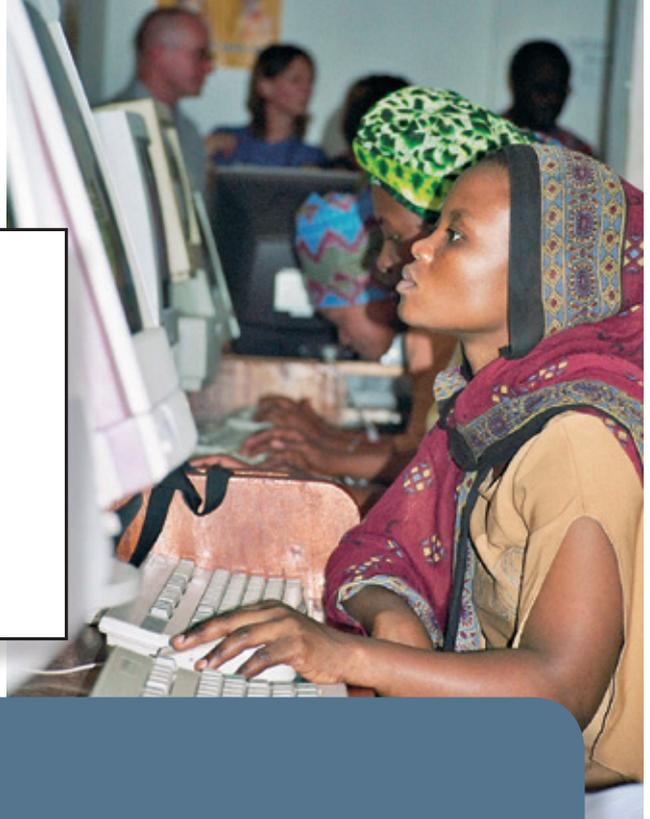
SABINE BALK
 ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Wildtiere können gefährliche Infektionskrankheiten wie Covid-19 übertragen: Ein Mann bietet eine erlegte Zibetkatze zum Kauf an.

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z-Abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

FAMILIE IM NOT
Covid-19-Sorgen unerschwinglich



Aktuelles e-Paper



28.11.2020 - von Niko Dembovski
**Warum die belarussische
Opposition gewaltfrei bleiben
sollte**



28.11.2020 - von E+Z-Team
Gratis-Abos: Jetzt anmelden
Wer ernsthaft an unseren Themen
interessiert ist, kann derzeit ein Pro-



DOSSIER DES MONATS

NACHHALTIGKEIT UND